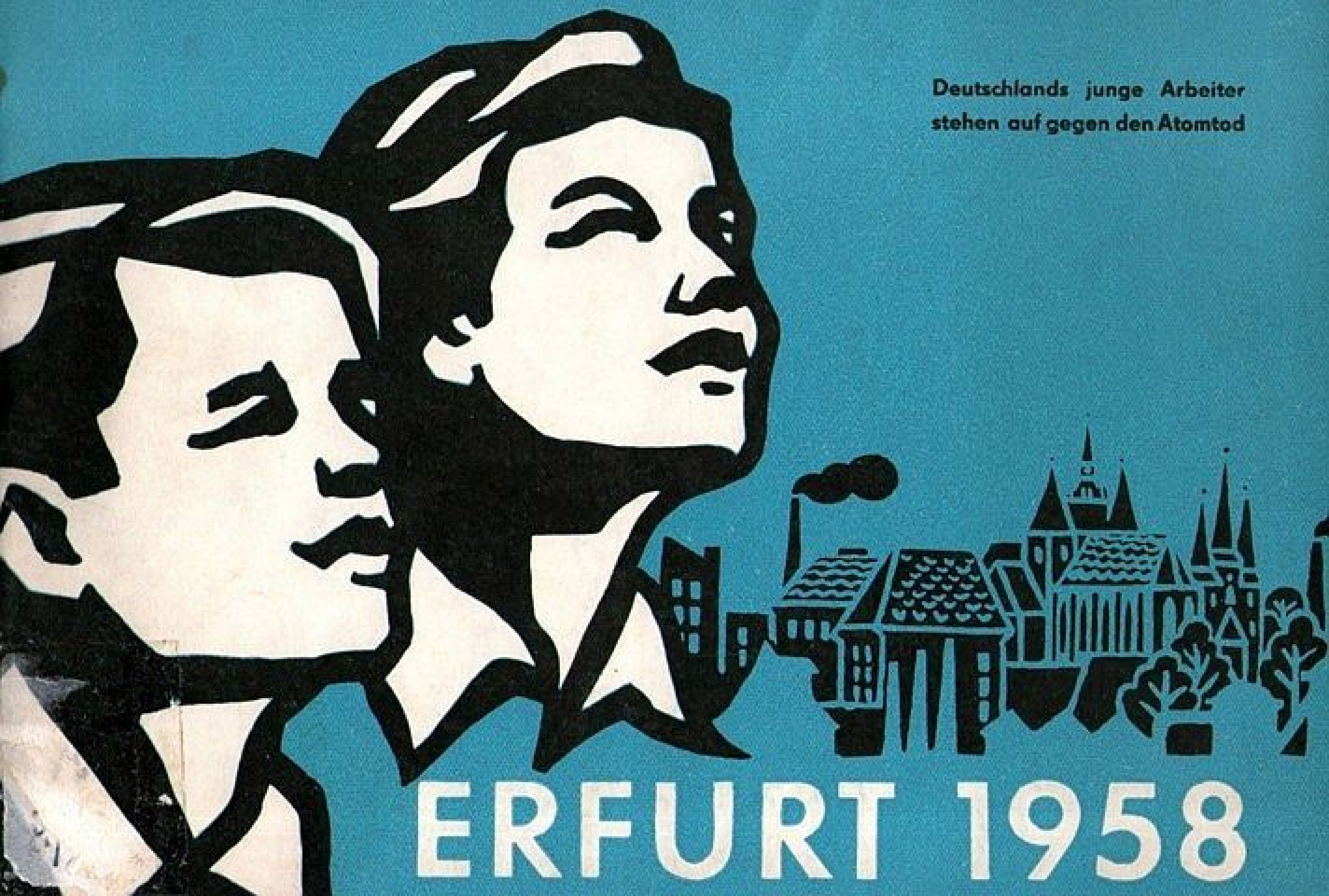

Deutschlands junge Arbeiter
stehen auf gegen den Atomtod
ERFURT 1958

Einige Gedanken vorweg

Junge Menschen bestimmten während der Ostertage 1958 das Gesicht der festlich geschmückten Blumenstadt Erfurt. Aus beiden deutschen Staaten waren die Vertreter der Arbeiterjugend gekommen. Kumpel aus Zwickau und Essen, Textilarbeiterinnen aus Karl-Marx-Stadt und Nordhorn, Chemiearbeiter der volkseigenen Leuna-Werke und des IG Farben-Konzerns und viele andere.

*

5000 junge Arbeiter der Bundesrepublik fanden sich in ernster Stunde mit ihren Freunden und Kollegen aus der Deutschen Demokratischen Republik zum ersten Kongreß der Arbeiterjugend zusammen.

*

Eine Woche vor dem Kongreß, am 25. März 1958 hatte der Bundestag den ungeheuerlichen Beschluß gefaßt, die Bundeswehr atomar aufzurüsten. Darum hieß die Losung des Kongresses: „Deutsche Arbeiterjugend, vereinige Dich gegen Atomtod und Militarismus, für eine atomwaffenfreie Zone, für Frieden und Fortschritt". Die Teilnehmer berieten, was die Jugend tun kann, um die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik zu verhindern, und wie der Kampf unter den neuen Bedingungen fortgesetzt werden kann.

*

Das war kein Kongreß wie viele andere! Nein, Erfurt unterschied sich von früheren gesamtdeutschen Jugendtagungen durch die besonders lebendige kämpferische Diskussion, durch die klare, einfache, selbstbewußte Sprache.

Wer das Auftreten vieler sehr junger Arbeiter miterlebte, der sah, daß neue, große Teile der westdeutschen Arbeiterjugend in den aktiven politischen Kampf eingetreten sind und sich ihrer Kraft bewußt werden. Das Leben und die Errungenschaften der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik üben auf sie immer stärkere Anziehungskraft aus. Sie sehen, daß sie die gleichen Interessen haben wie die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik.

*

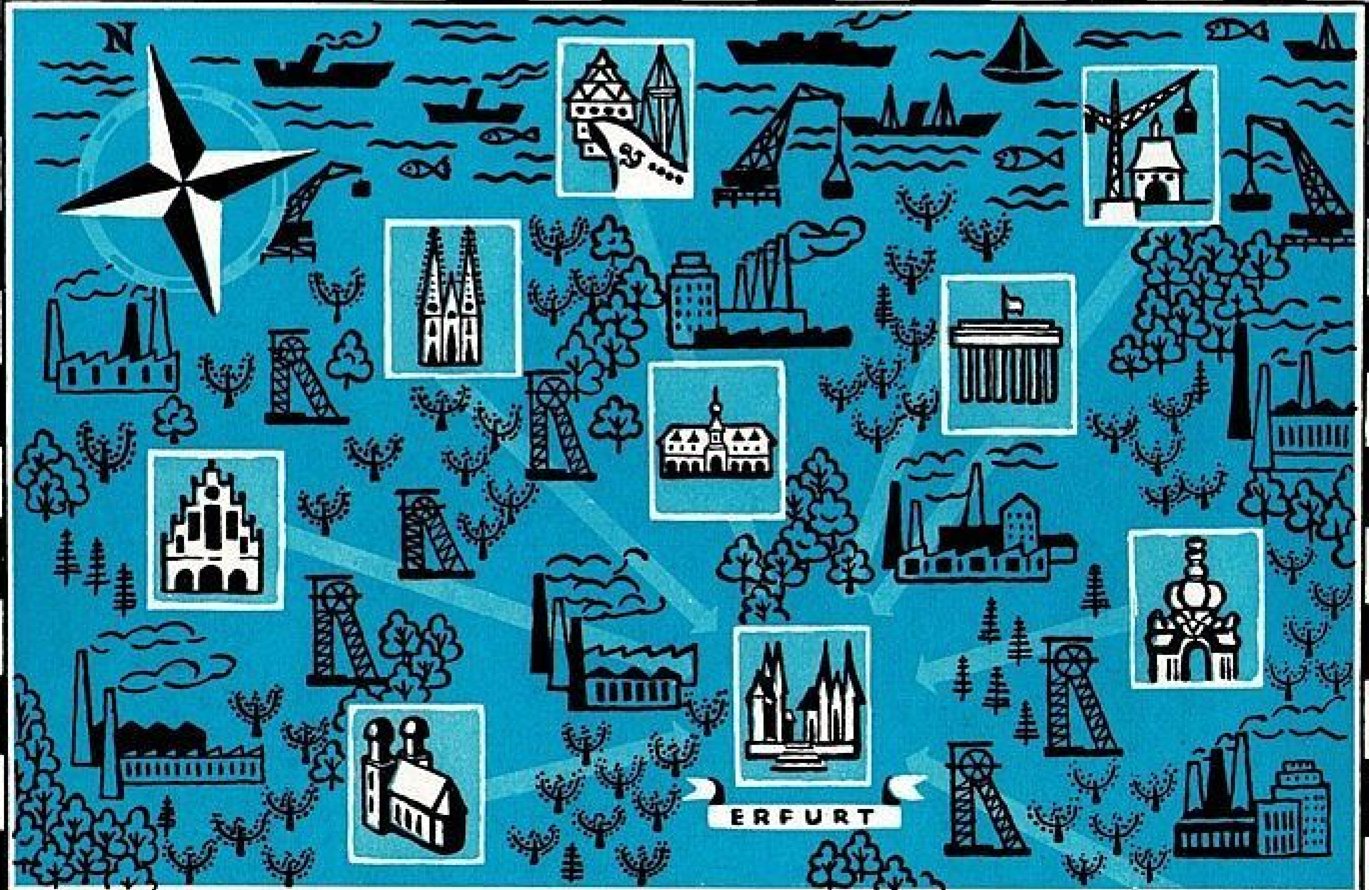
Die Anwesenheit von Delegationen aus der Sowjetunion, Polen, Österreich, Dänemark und Frankreich, von Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes und des Weltbundes der demokratischen Jugend unterstrich die Bedeutung des Kongresses.

*

Das einstimmig angenommene Manifest ist zur Richtschnur des gemeinsamen Kampfes geworden. Das beweist die Jugend jeden Tag erneut. Junge Arbeiter kämpfen in den ersten Reihen der Volksbewegung gegen den Atomtod — junge Arbeiter vollbringen großartige Leistungen beim sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik.

*

Viele von Euch konnten den ersten gesamtdeutschen Arbeiterjugendkongreß nicht miterleben. Darum haben wir auf den folgenden Seiten versucht, die wesentlichsten Gedanken und Ereignisse der für die Arbeiterjugend so bedeutsamen Ostertage in Erfurt 1958 noch einmal zusammenzufassen.


N
ERFURT

Roland Günther, Jugendsekretär des FDGB-Bundesvorstandes:

Die Jugend muß gemeinsam handeln

Mit knappen einleitenden Berichten eines Sprechers der Deutschen Demokratischen Republik und eines jungen Arbeiters aus der Bundesrepublik begann die Tagung am Sonnabend früh. Hier zunächst leicht gekürzt die Worte des Gewerkschaftsvertreters aus der DDR:

„Wir sind junge Menschen, und unser Leben liegt noch vor uns. Jeder von uns hat den Wunsch, dieses Leben glücklich zu gestalten. Wir haben ein Recht darauf, jung und fröhlich zu sein. Wir möchten unsere eigenen Kräfte erproben und anerkannte Mitglieder der Gesellschaft sein. Wir wollen wandern und Sport treiben. Zur Jugend gehört, daß sie lernt, tanzt und liebt.

Vielleicht gibt es zwischen einzelnen von uns Meinungsverschiedenheiten, wie wir am besten unser Leben und unsere Zukunft gestalten, welche Ideale uns vorschweben, nach denen wir streben.

Aber in einer Frage ist sich die ganze Jugend einig: Um unser Lebensziel zu verwirklichen, brauchen wir den Frieden.

Jugend und Frieden gehören untrennbar zusammen

Wir sprechen ein und dieselbe Sprache, aber wir leben gegenwärtig in zwei verschiedenen Staaten.

Wir müssen uns jetzt entscheiden. Wenn wir in Frieden leben wollen, dann müssen wir alles Trennende beiseite schieben, uns einigen und in gemeinsamer Aktion den Atomtod bannen.

Weil wir jung sind und unser ganzes Leben noch vor uns liegt, weil die Zukunft Deutschlands unsere eigene Zukunft ist, erheben wir von hier im Namen der Jugend, im Namen des Lebens und der Zukunft gemeinsam unsere Stimme und erklären laut und deutlich: Die CDU/CSU-Mehrheit des Bundestages in Bonn, die die deutsche Jugend und das deutsche Volk der Gefahr des Atomtodes aussetzt, hat nicht im Namen der deutschen Arbeiterjugend und des deutschen Volkes gesprochen. Wir sprechen ihr das Recht ab, über Leben und Tod von Millionen zu entscheiden. Wir werden nicht zulassen, daß diese Pläne verwirklicht werden. Das ist die Entscheidung der deutschen Arbeiterjugend! (Beifall)

Deshalb ist es notwendig, daß sich die deutsche Arbeiterjugend nicht nur einig ist, g e g e n w e n sie sich wendet, sondern vor allem auch, w o f ü r sie kämpft.

Die Arbeiterjugend der DDR schlägt vor:

Wir, die Vertreter der Arbeiterjugend der Deutschen Demokratischen Republik, sind der Ansicht, daß die Verwirklichung folgender Vorschläge entscheidend zur Sicherung des Friedens in Europa beitragen würde:

1. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.
2. Die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten.
3. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Abzug aller ausländischen Truppen vom deutschen Territorium.

Atomausrüstung versperrt den Weg zur Wiedervereinigung

Auf deutschem Boden existieren gegenwärtig zwei Staaten, die sich in den letzten Jahren völlig unterschiedlich entwickelt haben. Unabhängig davon, ob Adenauer das anerkennt oder nicht, existiert die Deutsche Demokratische Republik, die eine Politik des Friedens durchführt, und es existiert die Deutsche Bundesrepublik, in der eine reaktionäre CDU/CSU-Mehrheit im Parlament, alte Nazis und Militaristen, die Politik des Atomkrieges betreiben.

Wenn Atom- und Raketenwaffen auf deutsche Städte wie Berlin, Leipzig, Dresden oder Erfurt gerichtet werden, so wie es im Bonner Bundestag diskutiert wurde, dann ist der Weg zu einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands versperrt.

Konföderation – ein realer Weg

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlug vor, zunächst einen Bund beider deutscher Staaten zu bilden, eine Konföderation. Noch mehr! Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt erklärt, ganz Deutschland von Atomwaffen freizuhalten. Wir sind bereit, aus dem Warschauer Vertrag auszutreten. Wir sind bereit, Vereinbarungen zu treffen über die Stärke der Streitkräfte und ihre Reduzierung in beiden deutschen Staaten. Aber die Adenauer-Regierung lehnt Verhandlungen ab. Sie will nicht den Frieden und die friedliche Wiedervereinigung. Wer ehrlich die Wiedervereinigung will, muß die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten bejahen. Wie das spätere einige Deutschland aussehen soll, das muß das deutsche Volk selbst entscheiden, darüber muß die Arbeiterklasse, die die überwiegende Mehrheit unseres Volkes bildet, das entscheidende Wort reden. (Beifall)

Wir unterschätzen auch nicht, daß die Großmächte den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung erleichtern könnten. Eine solche Erleichterung wäre der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Abzug aller ausländischen Truppen vom deutschen Territorium. Angesichts einer Gipfelkonferenz der Großmächte wäre es deshalb notwendig, daß Vertreter beider deutscher Staaten miteinander verhandeln, um einen gemeinsamen Standpunkt für einen Friedensvertrag mit Deutschland zu erarbeiten. Wer, wie die Adenauer-Regierung, gegen Verhandlungen über einen solchen Friedensvertrag ist, ist gegen den Frieden und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Warum geht von der DDR der Frieden aus?

An eurer Seite steht die ganze Deutsche Demokratische Republik, steht die Macht der Arbeiter und Bauern, die dafür sorgt, daß die »Bäume«, der Monopolherren und Militaristen in Westdeutschland »nicht in den Himmel wachsen«.

Unser Staat wird von den Vertretern der Arbeiterklasse geleitet. An der Spitze unseres Staates, der Regierung und der Staatsorgane stehen bewährte und erprobte Arbeiterfunktionäre wie Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Friedrich Ebert, Hermann Matern, Otto Buchwitz und viele andere. Bei uns gibt es keine Krupps, Pferdmenges, Abs und wie sie alle heißen mögen. Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes eigen. Bei uns gibt es niemanden, der um des Profites willen Kriege vorbereitet, der bereit wäre, Millionen Menschen zu opfern, um Milliarden Profite zu machen. Bei uns gibt es keine Fürsten Bismarck, keinen Baron von Zitzewitz. Der Boden gehört denjenigen, die ihn bestellen.

Weil die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern die Macht ausübt, deshalb besitzt auch die Arbeiterjugend eine völlig neue Position.

Die Träume der Jugend werden im Sozialismus wahr!

In allen Grundfragen ist bereits heute die Deutsche Demokratische Republik dem Westen überlegen. In unseren sozialistischen Betrieben ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Wir kennen keine Wirtschaftskrisen und keine Arbeitslosigkeit. Auch in der Jugendförderung ist die Deutsche Demokratische Republik überlegen. Wir haben die Grundrechte der jungen Generation verwirklicht, das Recht auf politische Mitbestimmung, das Recht auf Arbeit und Erholung, auf Bildung, Freude und Frohsinn.

Es ist eine Lüge, wenn die Monopolherren behaupten, der Aufbau des Sozialismus in der DDR sei eine Gefahr für Deutschland, der Osten würde den Westen bedrohen.

Es gehört zum Wesen unseres sozialistischen Staates, daß die Arbeiterjugend leitende Positionen in unserem Staat besitzt, daß es in unserer Volkskammer 55 Abgeordnete unter 30 Jahren gibt und die Jugend eine eigene Fraktion inne hat. Bedroht das die Arbeiterjugend in der Bundesrepublik?

Es gehört zum Wesen unseres sozialistischen Staates, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird, daß sich in den Villen der ehemaligen Konzernherren die Arbeiterjugend erholt. Bedroht das die Arbeiterjugend in der Bundesrepublik? Es gehört zum Wesen unseres Staates, daß die Arbeiterjugend an den Universitäten studiert, daß sie sich die Wissenschaft der Arbeiterklasse aneignet. Bedroht das die Arbeiterjugend in der Bundesrepublik? Es ist doch nicht schwer zu begreifen, daß Sozialismus und Frieden untrennbar zusammenhängen!

Was wäre in Deutschland, wenn die DDR nicht wäre?

Das deutsche Monopolkapital und die Militaristen würden bereits viel frecher auftreten, sie hätten die Arbeiterbewegung schon viel mehr geknebelt, um sie mundtot zu machen. Aber das geht nicht so einfach. Die deutsche Arbeiterklasse hat eine mächtige Stimme, die Deutsche Demokratische Republik. (Lebhafter Beifall)

Müssen die Monopolherren in Westdeutschland nicht Zugeständnisse auf dem Gebiet der materiellen und sozialen Lage der Arbeiterklasse machen, weil in einem Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, Gesetze und soziale Errungenschaften existieren, die den Vorstellungen und Interessen der westdeutschen Arbeiter entsprechen? Wurde die Forderung der westdeutschen Arbeiter auf vollen Lohnausgleich bei Krankheit, auf Beseitigung der Karenztage nicht dadurch unterstützt, weil in der Deutschen Demokratischen Republik diese Forderungen der Arbeiterbewegung verwirklicht sind? Dienen die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik über den Jugendarbeitsschutz und die Berufsausbildung nicht zugleich dem Kampf der westdeutschen Arbeiterjugend?

Das Geheimnis unserer Erfolge: Einheit der Arbeiterklasse

Wir lassen uns stets von den Interessen der ganzen deutschen Arbeiterklasse leiten. Und gerade in unserem gegenwärtigen Ringen muß jedem jungen Arbeiter der Bundesrepublik bewußt werden, die Deutsche Demokratische Republik ist nicht nur eine Sache derjenigen, die in ihr leben, sondern sie ist die größte Errungenschaft der ganzen deutschen Arbeiterklasse und ihrer Jugend. Sie ist eine feste Bastion für unseren gemeinsamen Kampf für den Frieden, die Demokratie und den sozialen Fortschritt. (Beifall)

Liebe Freunde, wir hatten beim Aufbau unserer Republik große Schwierigkeiten zu überwinden. Woraus erwuchs uns die Kraft, eine solch geschichtlich bedeutungsvolle Umwälzung zustande zu bringen? Weil wir einig handelten, weil wir die Einheit der Arbeiterklasse schufen, weil sich die Jugend in einer gemeinsamen Front zusammenschloß. Diese Einheit hat uns stark gemacht.

Und es gibt keine Kraft in Deutschland, die sich den Interessen des Volkes entgegenstellen kann, wenn die ganze deutsche Arbeiterklasse und die ganze deutsche Arbeiterjugend einig handeln. Wir sind stark, viel stärker als die 300 Multimillionäre in Westdeutschland. (Starker Beifall)

Wie stehen wir zur SED?

Was unser Verhältnis zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands betrifft, so möchten unsere Feinde gern einen Spalt zwischen die Arbeiterjugend und die Partei der Arbeiterklasse treiben. Alles, was wir bisher erreichten, danken wir der zielstrebigen und klugen Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Und die Arbeiterjugend der Deutschen Demokratischen Republik steht fest hinter der Partei der Arbeiterklasse. (Anhaltender Beifall)

Ich wende mich an die Arbeiterjugend der Deutschen Bundesrepublik. Nehmt von hier die Gewißheit mit, daß ihr nicht allein in eurem Kampf steht. Die Arbeiterjugend der Deutschen Demokratischen Republik versichert euch ihre vollste Solidarität und Unterstützung. Wir sind bereit zu gemeinsamen Aktionen gegen das westdeutsche Monopolkapital, den Militarismus und gegen die Atomkriegsgefahr. Wir sind bereit, mit allen Mitteln der Arbeitersolidarität die Arbeiterjugend der Bundesrepublik in ihrem Kampf für Lohn und Brot zu unterstützen.

Wir wiederholen unsere Erklärung, daß alle jungen Menschen, die sich dem Dienst in der NATO-Armee entziehen, Brot und Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik finden. Wir gewähren jedem, der für den Frieden und gegen die Atomkriegspolitik kämpft, mit allen Mitteln, die uns und unserem Staat zur Verfügung stehen, Schutz und Hilfe.

Festigt die Beziehungen von Betrieb zu Betrieb!

Wir schlagen vor, die Verbindungen zwischen den jungen Arbeitern aus den Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik und den Betrieben aus Westdeutschland auszubauen und zu stärken. Wir schlagen vor, die Kräfte der verschiedensten Arbeiterjugendorganisationen zu vereinigen und feste Verbindungen zwischen den Arbeiterjugendorganisationen herzustellen.

Wir schlagen vor, Delegationen auszutauschen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Jugend in beiden deutschen Staaten und die Erfahrungen und Ergebnisse unseres Kampfes zu studieren.

Wir wenden uns an jeden jungen Gewerkschafter, an die Sozialistische Jugend »Die Falken«, an jeden Jungsozialisten, an die Naturfreunde, an jeden christlichen jungen Arbeiter, an alle Arbeitermädel und alle Arbeiterjungen: Laßt uns angesichts der Größe der Gefahren gemeinsam handeln, schieben wir alles Trennende beiseite, reichen wir uns die Hand zum gemeinsamen Kampf für den Frieden, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, für eine Konföderation beider deutscher Staaten und den Abschluß eines Friedensvertrages." (Starker Beifall)

Kollege Helmut (Bundesrepublik):

Gemeinsam gegen den Atomtod

Für die jungen Arbeiter der Bundesrepublik ergriff der Kollege Helmut das Wort. Er sagte:

„Wir haben uns auf diesem Kongreß versammelt, weil wir als deutsche Arbeiterjugend vor unserem ganzen Volk bekunden wollen: Wir — die Arbeiterjugend ganz Deutschlands — sind für Frieden, gegen Kriegsvorbereitung, für Wohlstand, gegen Rüstungslasten, für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Arbeitersolidarität bricht Ketten

Wir stehen alle noch mehr oder weniger unter dem Eindruck der großen Empörung und des Protestes gegen die Atomaufrüstung. Von dieser Stelle aus grüßen wir alle jungen Arbeiterinnen und Arbeiter in Kassel, Hamburg, Braunschweig, Frankfurt und anderen Städten, die bereits auf die Straße gegangen sind. (Beifall)

Gleichzeitig möchte ich unsere jungen Kolleginnen und Kollegen in der Deutschen Demokratischen Republik grüßen und ihnen für ihre Solidarität in unserem Kampf danken. Wir wissen: Arbeitersolidarität bricht Ketten! Der gemeinsame Kampf der deutschen Arbeiterjugend und ihrer Organisationen, die Aktionseinheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse, ist die Kraft, die die Atomrüstung verhindern und den Frieden erhalten kann. (Starker Beifall)

Arbeiterjugend an die Spitze des Kampfes!

Wir erklären: Niemals werden wir diesen volksfeindlichen Beschluß der Atomkriegsstrategen hinnehmen, der unser Land zu einem Pulverfaß macht und mitten durch Deutschland einen gefährlichen Raketenwall errichtet. Wir begrüßen den Beschluß des Bundesvorstandes des DGB, in allen Städten Protestdemonstrationen durchzuführen, und — Kolleginnen und Kollegen — ich rufe euch von dieser Stelle aus auf, die Arbeiterjugend muß an der Spitze dieser Demonstrationszüge marschieren unter den Losungen: Schluß mit der Atomrüstung!
Für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa!
Für Frieden und Verständigung der beiden deutschen Staaten!
Für höheren Lohn und gesicherte Arbeitsplätze — gegen Rüstungslasten!
Für die Freundschaft mit allen Völkern der Welt! (Beifall)

Brauchen wir die Atomrüstung?

Kolleginnen und Kollegen!

Die Adenauer-Regierung und die CDU/CSU-Mehrheit betreiben eine Politik, die gegen die Interessen unseres Volkes gerichtet ist. Brauchen wir eine Atomrüstung? Ich sage: Nein, wir brauchen die Verständigung der beiden deutschen Staaten, wir brauchen einen Friedensvertrag. (Beifall) Aber die Adenauer-Regierung stellt die Interessen der NATO, die Interessen der amerikanischen, deutschen, englischen und französischen Rüstungsfabrikanten und Kriegsgewinnler über die Interessen unseres Volkes. Es ist erwiesen, daß sich die Mehrheit gegen die Atombewaffnung ausgesprochen hat. Aber was gilt für Adenauer und Strauß der Volkswille? Sie handeln nach dem Willen von Mister Dulles und den Börsenjobbern, die am

Atomwettrüsten verdienen wollen. Deshalb stimmen wir auch mit all denen überein, die erklären: Die Adenauer-Regierung muß zurücktreten. (Starker Beifall, Rufe: Sehr richtig)

Atombasen – Zielscheiben für Gegenschläge

Es ist für uns doch völlig unmöglich, sehenden Auges dabeizustehen, wie Adenauer und Strauß systematisch und Schritt für Schritt die Aufrüstung durchführen, an deren Ende die atomare Vernichtung steht. Niemand kann bestreiten, daß sich im Falle eines Krieges die atomaren Gegenschläge zuerst gegen die Atombasen richten, und was das bedeutet, zeigt die Erklärung des SPD-Bundestagsabgeordneten und Physikers Dr. Bechert, der erklärte, daß sechs Wasserstoffbomben genügen würden, um die Bundesrepublik in eine radioaktiv verseuchte Wüste zu verwandeln. Es ist ganz klar: Wie ein Magnet würde der Atomstützpunkt Westdeutschland die vernichtenden Gegenschläge auf sich ziehen. Deshalb – Kolleginnen und Kollegen – heißt es, heute handeln und nochmals handeln. Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. (Anhaltender Beifall)

Können wir mit Reden die Atomrüstung verhindern?

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben uns gezeigt, daß mit Reden im Bundestag allein die Atomaufrüstung nicht verhindert werden kann. Diese Erfahrungen haben wir beim Eintritt der Bundesrepublik in die NATO, bei dem Beschluß über die Remilitarisierung und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht machen müssen. Alle diese Maßnahmen wurden gegen den Willen des Volkes durchgesetzt. Deshalb sind heute außerparlamentarische Kämpfe – Demonstrationen, Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen – unbedingt notwendig, um dem Rüstungswahn Einhalt zu gebieten. Es ist das verfassungsmäßig verankerte demokratische Recht des Volkes, mit diesen Mitteln, einschließlich des politischen Massenstreiks, seinem Willen Geltung zu verschaffen.

Wozu sollen wir auch immer darauf warten, bis irgend etwas von »oben« kommt – entscheidend ist vielmehr, daß wir selbst handeln. Nur wenn wir entschlossen an die Verwirklichung des DGB-Beschlusses über die Durchführung von Protestaktionen gegen die Atombewaffnung herangehen, wird etwas dabei herausspringen. So wie die Kollegen in Kassel, Hamburg, Wolfsburg und in vielen anderen Orten der Bundesrepublik gehandelt haben, so sollten auch wir handeln! (Beifall)

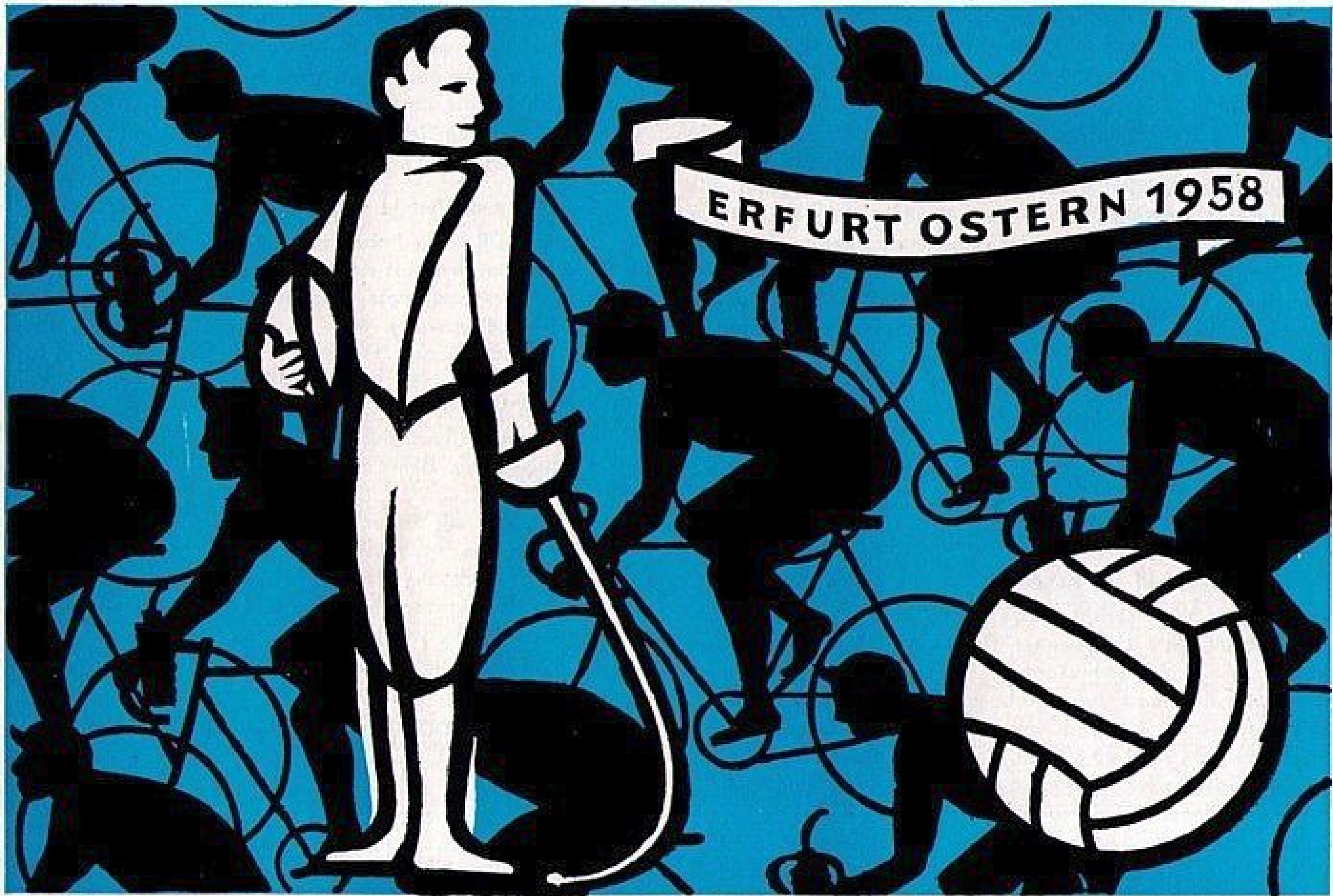
Atomrüstung bringt größte Unsicherheit!

Kolleginnen und Kollegen!

Vor den Bundestagswahlen hat uns die Adenauer-Regierung durch die CDU versprochen, daß die Jugendförderung ein Hauptanliegen ihrer künftigen Politik sein wird. Sie versprach Sicherheit für jeden und Wohlstand für alle. Aber Atomaufrüstung verträgt sich nicht mit Sicherheit und Wohlstand. Wo atomar aufgerüstet wird, kann es weder Sicherheit noch Wohlstand geben. Bereits heute jagen die Preise wie die Sputniks unerreichbar in die Höhe. Die Adenauer-Regierung stiehlt uns das Geld aus der Tasche, damit sie die Atomrüstung finanzieren kann. Heute sollen wir die Atombomben bezahlen und morgen durch sie umkommen. Wir sollen also noch unsere eigene Beerdigung finanzieren.

Warum fürchtet Adenauer die Einheit der Arbeiterklasse?

Wir können keinen Augenblick warten. Die Gefahr ist groß. Strauß zögert keine Minute, vollendete Tatsachen zu schaffen. Er hat bereits den beschleunigten Bau von Raketenbasen angeordnet. Der sogenannte Verteidigungsausschuß des Bun-


ERFURT OSTERN 1958

destages hat die Anschaffung der ersten 24 Matador-Atomraketen gebilligt. Die Atomkrieger wissen ganz genau: Die Volksbewegung ist stark. Sie fürchten unser Handeln. Sie fühlen sich nicht sicher, weil sie damit rechnen, daß die Volkskräfte einig werden und gemeinsam zur Tat schreiten. Wie in der Vergangenheit, so spekulieren sie auch heute auf die Spaltung der Arbeiterklasse. Wir aber müssen uns einig sein und in den Betrieben gemeinsam handeln. Dabei spielt es keine Rolle, welcher Partei wir angehören oder was für ein Glaubensbekenntnis wir haben. Wenn die Mehrheit des Volkes gemeinsam handelt, wird Adenauer mit seiner Atomrüstung nicht durchkommen. Dann wird der Frieden erhalten werden. (Beifall)

Im Falle eines Atomkrieges wird vorher niemand gefragt: Bist du Sozialdemokrat oder Kommunist, bist du Christ oder Marxist? Eine Atombombe vernichtet jeden. In einem alten Arbeiterlied heißt es: »Vorwärts, du junge Garde des Proletariats!« So müssen wir – die Arbeiterjugend – auch heute vorangehen und die gesamte Jugend mitreißen.

Keine Aussicht auf ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz

Ein einziges Wort spricht ganze Bände über die jugendfeindliche Sozialpolitik der Bonner Regierung. Und dieses Wort heißt: Jugendarbeitsschutzgesetz. Seit über zehn Jahren fordern wir wirksamen Jugendarbeitsschutz. Und was hat man in Bonn gesagt? Natürlich sollt ihr ein solches Gesetz haben. Aber das geht nicht so schnell. Ein solches Gesetz zu machen, ist gar nicht so leicht. Das ist eine langwierige und komplizierte Angelegenheit. Dazu braucht man viel Zeit.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, wie war denn das mit dem Wehrpflichtgesetz und allen übrigen Gesetzen zur Remilitarisierung? Von der Heeresdienstvorschrift über die Eiserne Ration und die Atomerkennungsmarke bis zum Bau eines neuen Führerbunkers für Adenauer – an alles wurde gedacht. Das war offensichtlich für die nur an Aufrüstung denkenden Köpfe der Adenauer-Regierung leichter auszuarbeiten als ein Jugendarbeitsschutzgesetz.

DDR-Gesetze zum Vorbild nehmen

Hier in der DDR – so haben mir die Freunde versichert und ich habe mich auch selbst davon überzeugt – bestehen schon seit Jahren ausgezeichnete Gesetze zum Schutz der Arbeit und zur Jugendförderung. Man könnte diese ja zum Vorbild nehmen, falls die Bonner Herren keine Erfahrungen darin haben, soziale Gesetze für die Arbeiterjugend zu schaffen. (Beifall) Aber in Wirklichkeit wollen sie das ja gar nicht. Ihnen geht es nicht um den Schutz unserer Arbeitskraft, sondern um unsere Ausbeutung, damit sie hohe Profite einstreichen können.

Es wird Zeit, daß wir dieser Entwicklung Einhalt gebieten. Der Kampf gegen die Atomrüstung ist untrennbar mit unserem Kampf zur Verteidigung der Lebensrechte, für höheren Lohn und für die demokratischen Rechte und Freiheiten verbunden. Denn in dem Maße, wie die Aufrüstung vorangetrieben wird, wird auch versucht, unsere ohnehin noch geringen Rechte einzuschränken.

Den Arbeitern der DDR unsere Bruderhand

Wir werden uns niemals gegen unsere Brüder in der DDR mißbrauchen lassen. Und ich spreche hier, Kolleginnen und Kollegen, in eurem Namen, wenn ich sage: Wir reichen den jungen Arbeiterinnen und Arbeitern in der DDR die Bruderhand. (Lebhafter Beifall)

Wir sehen, daß es hier Tag für Tag aufwärts geht, daß es sich in einem Arbeiter-und-Bauern-Staat ohne Monopolkapital besser leben läßt. Wir sehen, daß die Arbeiterjugend in der DDR nicht unter der ständigen Furcht vor Massenentlassungen und Wirtschaftskrisen lebt. Das Wichtigste aber – und das müssen wir allen jungen Arbeiterinnen und Arbeitern vor Augen führen – ist die Tatsache, daß es in der DDR keine Atomrüstung gibt, und daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht eine friedliche Politik betreibt. (Beifall)

Schluß mit der Antisowjethetze!

Das Grundübel unserer Zeit ist der Antikommunismus, die abscheuliche, täglich auf uns niederprasselnde Hetze gegen die DDR und die Sowjetunion. Es gibt nichts, was dabei nicht auf die gemeinste Art und Weise durch den Dreck gezogen wird. Fragen wir einmal unsere älteren Kollegen in den Betrieben, auch Hitler, Göring und Goebbels haben sich bei der Vorbereitung des II. Weltkrieges der gleichen Hetzpropaganda bedient. Sie sprachen wie Adenauer und Strauß von der »Gefahr des Bolschewismus«, der angeblich Deutschland bedrohe. Mit dieser Lüge rechtfertigte Hitler im Auftrag der Monopole die totale Aufrüstung und den Überfall auf die Sowjetunion. In Wirklichkeit bedrohte aber nicht die UdSSR Deutschland, sondern der deutsche Faschismus und Militarismus eroberte und unterdrückte andere Völker.

Und wie sieht es heute aus? Mancher von uns hat bestimmt die Bundestagsdebatte oder Ausschnitte davon im Rundfunk gehört. Genau wie Hitler und Goebbels, so haben auch Adenauer, Strauß, Jaeger, Kiesinger und Brentano das Schreckgespenst des Bolschewismus an die Wand gemalt und behauptet, die Bundesrepublik braucht Atombomben und Raketenabschußbasen, um sich vor einer angeblichen Gefahr eines Überfalls durch die Sowjetunion schützen zu können. Aber das ist purer Schwindel.

Westmächte sollen Beispiel der UdSSR folgen.

Wiederholt hat die sowjetische Regierung erklärt, daß sie freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen zur Bundesrepublik wünscht, und sie macht seit vielen Jahren Vorschläge zum Verbot der Atomwaffen und der Einstellung der Atomwaffenversuche, für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung, für eine Politik der Koexistenz von Völkern mit verschiedenen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen.

Seit einem Jahr bemüht sich die Sowjetunion um die Einberufung einer Gipfelkonferenz. Und jetzt hat die Sowjetunion beschlossen, ab sofort einseitig als einzige Großmacht, alle Versuche mit Atomwaffen einzustellen. (Beifall). Sie hat damit ein unwiderlegbares Beispiel ihres guten Willens und ihrer ehrlichen Absichten, zu einem allgemeinen Verbot der Atomwaffen und der Einstellung der Versuche zu kommen, gegeben.

Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern, daß die Westmächte diesem Beispiel der Sowjetunion sofort folgen und die gefährlichen und schändlichen Experimente mit Atomwaffen einstellen." (Starker Beifall)



Die große Aussprache der jungen Arbeiter

Noch am Vormittag begann die große Aussprache der jungen Arbeiter aus ganz Deutschland, die ihre wertvollen Erfahrungen austauschten, Fragen stellten und beantworteten und in bewegten Worten mit jugendlicher Leidenschaft zum gemeinsamen Kampf gegen den Atomtod aufriefen.

Was uns Adenauer gibt, das wollen wir nicht . . .

Kollege Reinhard, Funktionär der Gewerkschaftsjugend (Saar), sagte als erster Diskussionsredner, wie notwendig es ist, daß sich die Arbeiterjugend zusammenschließt. Er bedauerte, daß offizielle Vertreter der SPD und des DGB der Einladung zum Kongreß nicht folgten. Die Politik der Bundesregierung charakterisierte er mit den Worten:

„Acht Jahre schon fordern wir ein verbessertes, fortschrittliches Arbeitsschutzgesetz. Aber bisher konnte sich der Bundestag noch nicht dazu bequemen, dieses Gesetz in Kraft zu setzen.

Kollegen, ist das eine demokratische Regierung, die uns die Wehrpflicht aufzwingt, die wir nicht wollen, während das, was wir fordern, einfach auf die Seite geschoben wird?

Auf dem IV. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau in Dortmund wurde u. a. von dem demokratischen Staat Bundesrepublik geredet, den man achten soll. Kollegen, ist sie wirklich ein demokratischer Staat, den man achten kann, der gegen den Willen des Volkes und gegen den Willen der Jugend die Wehrpflicht und die atomare Aufrüstung beschlossen hat?

Liebe Freunde, ich möchte euch alle bitten, ob ihr aus der Bundesrepublik seid, oder aus der Deutschen Demokratischen Republik: Steht geschlossen im Kampf mit uns gegen die atomare Aufrüstung, gegen die allgemeine Wehrpflicht, für den Frieden und die Verständigung, denn nur in der Einheit liegt unsere Stärke." (Beifall)

Kollege Reinhard bewies dann, daß die Kapitalisten, die Unternehmer und Konzernherren einig im Kampf gegen die Arbeiterklasse auftreten und sie auf viel-

fältige Art vom Kampf abzulenken versuchen. „Die Macht hat bei uns in der Bundesrepublik das Kapital. Aber, Kollegen, wenn wir uns zusammenschließen, sind wir eine noch viel größere Macht. (Beifall)

Die UdSSR hat beschlossen, die Atombombenversuche einzustellen. Die Herren im Westen reagierten zwar darauf, aber sie sagten: »Das ist nur Propaganda!« Ich rufe ihnen zu: Machen sie doch die Propaganda mit, denn gute Propaganda führt immer zum Erfolg. (Lang anhaltender Beifall)

Ich bin erst acht Tage in der DDR. Während meines Aufenthaltes habe ich festgestellt, daß die Kumpel sowie die gesamte Bevölkerung an unserer Seite stehen. Und deshalb nehme ich die starke Kraft mit nach Hause, um gegen die atomare Aufrüstung und für die Verständigung mit der DDR in vorderster Front zu kämpfen. (Beifall)

Dieser Kampf – dessen bin ich mir bewußt – kostet Opfer. Aber, Kollegen, für eine solche ernste Sache ist mir kein Opfer zu groß." (Beifall)

Genosse Willi, Funktionär der Jungsozialisten (Norddeutschland):

Wir haben die Hand am Hebel!

„Ich bin in erster Linie hergekommen, um zu lernen; denn so vielen Friedensfreunden und Kollegen aus den Betrieben ganz Deutschlands werde ich wohl so schnell nicht wieder begegnen.

Es wurde hier schon von Feierschichten gesprochen. Feierschichten, das klingt nach Wirtschaftskrise. Und wir brauchen die jüngste Geschichte nicht aufzuwühlen, um zu wissen, daß der Faschismus aus der Wirtschaftskrise hervorgegangen ist. Wenn wir den Kampf für den Frieden und den Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr führen, so dürfen wir deshalb auch die wirtschaftliche Seite dieses Problems nicht aus den Augen lassen. Gerade diejenigen, die auf jeden Pfennig angewiesen sind, sollen die Rüstung bezahlen.

Vorhin ist im Referat ein Wort gefallen: Konföderation. Dazu möchte ich einiges sagen. Es ist bekannt, daß Vorschläge, die bislang aus dem Osten kamen, von der Adenauer-Regierung abgelehnt wurden. Nicht etwa, weil sie nicht gut waren, sondern nur, weil sie aus dem Osten kamen. Das aber ist doch unmöglich!

Erfurter Streiflichter

Womit beginnen, um zu berichten, was in diesen Ostertagen neben dem Kongreß das Eindruckvollste war?

Vielleicht nehmen wir den Hauptbahnhof zum Ausgangspunkt, vor dem von früh bis spät Fanfaren-Gemeinschaften, Chöre und Blasorchester auftraten, die den jungen Gästen einen freundlichen Empfang bereiteten.

Aber in Erfurt gehörten alle Straßen und Plätze der Jugend. Auf dem Domplatz begeisterte uns das Ensemble aus Henningsdorf genau so wie die Darbietungen des Volkskunst-Ensembles der Berliner Humboldt-Universität. Im Stadtgarten traten die Kulturgruppen des Leuna-Werkes auf, im Kulturpark Cyriaksburg erlebten wir das Programm des Kreises Weimar. Herzlichen Beifall erhielten auch die fünf Kulturgruppen, die aus der Bundesrepublik zum Erfurter Treffen der Arbeiterjugend gekommen waren. In der Thüringenhalle begeisterten die Orchester Kurt Henkels, Adalbert Lutter, Werner Krummbein und der bei der Jugend beliebte Solist Fred Frohberg anläßlich einer bunten Estraden-Veranstaltung des Deutschlandsenders. Und abends wurde in Erfurt auch getanzt. Wo? In den Gaststätten, Lokalen und auf der Straße. Dort, wo der Stadtfunk über seine Tonsäulen Musik servierte.

Unter den besinnlichen und ernsten Veranstaltungen wurde besonders die Weinert-Wolff-Brecht-Matinee interessiert aufgenommen.



Eines weiß ich genau: Wenn jeder einzelne, der hier sitzt, in der Lage ist, im Betrieb nur zehn Menschen zu gewinnen und diese zehn wieder zehn, dann glaube ich, daß wir unserem Ziel schon viel, viel näher gekommen sind.
Wenn ich eben von Überzeugung spreche, so heißt das, daß wir unseren Kollegen am Arbeitsplatz oder in den verschiedenen Organisationen, denen wir angehören, diese Fragen erklären müssen. Seid euch eurer Kraft bewußt!

Wenn der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte der Meinung ist, daß er die Hand am Hebel hat, dann glaube ich, Freunde, wenn wir zusammenhalten, dann können wir ihm bescheinigen, daß nicht er die Hand am Hebel hat, sondern w i r!" (Starker Beifall)

Kollege Günther, Funktionär der Gewerkschaftsjugend (Norddeutschland):

Der Rapacki-Plan ist gut, aber ...

„Wir alle wissen, daß das Kapital bei uns die Macht hat, und wer die Macht hat, hat das Recht, ja, der kann das Recht kaufen. Die Bonner Herren sagten, wir werden eine Gegenumfrage machen. Es gibt nämlich einige Institute, die CDU-linientreu sind. Aber auch hier mußte die Adenauer-Regierung erfahren, daß trotz ihrer guten Beziehungen zu diesen Instituten, für sie das Ergebnis niederschmetternd war. So haben sich 67 % der Befragten gegen eine atomare Aufrüstung ausgesprochen.

Im August 1945 ist auf Hiroshima die erste Atombombe gefallen. Ich frage, wenn Amerika die Atombombe drei bis vier Monate eher erfunden hätte, wäre sie dann nicht auf Frankfurt oder Berlin gefallen?"

Zum Rapacki-Plan bemerkte Kollege Günther:

„Ich möchte sagen, daß ich ein Gegner dieses Planes war. Aber fragen wir uns einmal, was will der Rapacki-Plan? Er stellt eine Zone in Europa dar, eine atomwaffenfreie Zone.
Haben wir allerdings in Westdeutschland die Garantie, daß nicht auch in Peenemünde und in der Tschechoslowakei nicht schon Atomraketen oder zumindest Abschußbasen vorhanden sind? (Zurufe, Unruhe)

Zum Schluß möchte ich noch aussprechen, daß wir uns alle in Ost und West gegen die atomare Aufrüstung und vor allem für die Ächtung der Atombomben aussprechen." (Beifall)
(Auf die von Kollegen Günther aufgeworfenen Fragen antwortete u. a. Walter Ulbricht in seiner Diskussionsrede).

Genosse Hans, Funktionär der Jungsozialisten (Norddeutschland):

Der Marxismus – unsere beste Waffe

„Meinem Vorredner möchte ich doch mal eines sagen: Lieber Freund, wenn du schon zu einer kritischen Stellungnahme kommst, dann lies bitte den Rapacki-Plan einmal genau durch. (Bravorufe, lebhafter Beifall) Dann wirst du nämlich feststellen, daß der Rapacki-Plan der einzigste und beste Plan ist, um ein Gespräch auf die Beine zu bringen. (Beifall)
Wenn man mit den Arbeitern aus der Bundesrepublik in ein politisches Gespräch kommt, dann einigt man sich zwar soweit, daß man sagt: »Jawohl, wir sind Gegner der atomaren Aufrüstung, wir sind Gegner der allgemeinen Wehrpflicht«, aber das ist auch alles. Die Kernfrage ist, daß der ideologische Unterbau fehlt. Da müssen wir den Hebel ansetzen. Es ist nur zu begrüßen, daß die Jugend in der DDR konsequent den Marxismus-Leninismus als Grundlage angesehen hat. (Beifall)
Liebe Kollegen! Ich weiß, wir haben in der Bundesrepublik als Arbeiterklasse, als Arbeiterjugend sehr viel Rücksicht und Toleranz gegenüber den bürgerlichen Schichten gezeigt. Wir haben Rücksicht genommen aus dem Grunde, weil wir der Meinung waren, mit dem Marxismus stoßen wir die Leute ab. Wie sieht nun die Wirklichkeit aus? Es ist doch tatsächlich so, daß die Lehre des Marxismus die beste Waffe ist, die wir besitzen. (Beifall) Und da gibt es keinen, mag er sich drehen und wenden, der anderes sagen kann als: In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gibt es nur zwei Hauptklassen, das ist die Klasse der Ausbeuter und die Klasse der Ausgebeuteten. Jede Stunde, die wir uns als Arbeiterjugend hinsetzen und uns in die Lehre von Marx und Engels vertiefen, bedeutet eine Stunde weniger Kapitalismus. (Bravo-Rufe)

‚Anne Frank' · ein großer Erfolg

Die Aufführung des Schauspiels „Das Tagebuch der Anne Frank", gestaltet durch die Städtischen Bühnen Erfurt, hinterließ einen außerordentlichen starken Eindruck auf die jungen Besucher. Viele aufmerksame Hörer hatte das Jugend-Sinfoniekonzert im Opernhaus. Mehr als die Hälfte aller Teilnehmer besuchte das nahegelegene ehemalige Nazi-Konzentrationslager Buchenwald, ehrte die Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes und gelobte, den wiedererstandenen Militarismus in der Bundesrepublik zu bekämpfen.
Im Pavillon des Kulturparks zeigten junge bildende Künstler ihr Schaffen. Die internationale Karikaturen-Ausstellung im Haus der Presse war viel beachtet, und die Ausstellung „Geheime Front durchbrochen", die das Ministerium für Staatssicherheit der DDR zeigte und darin umfangreiches Tatsachenmaterial über die Agententätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik demonstrierte, zog viele Jugendliche in ihren Bann.
Dankbar wurde die Gelegenheit wahrgenommen, die Hiroshima-Ausstellung zu betrachten. Und in vielen Gesprächen brachten junge Arbeiter zum Ausdruck, daß die Verwirklichung des in Erfurt beschlossenen Kampfprogramms entscheidend mithelfen wird, eine Wiederholung der Grauen von Hiroshima zu verhindern. Einen großen Erfolg hatte auch das ungarische Jugend-Zigeuner-Orchester.



Weshalb hat die Sozialdemokratische Partei den Wahlkampf 1957 verloren? Doch deshalb, weil sie vom Boden des Marxismus abgewichen ist. Und es ist so, daß sie auch mit dieser Abweichung keinerlei Einfluß auf den Mittelstand genommen hat. Das muß hier ganz klar gezeigt werden. Und solange die Sozialdemokratische Partei in einem wilden Antikommunismus verharrt, wird sie immer ein Handlanger Adenauers sein." (Lebhafter Beifall)

Kollege Karl, Gruppenleiter der Naturfreundejugend:

Politik der DDR – Hilfe für unseren Kampf

„Wir sollten hier klar sagen, daß es eines der wichtigsten Dinge mit war, daß die DDR beschlossen hat, keine Wehrpflicht einzuführen, sondern daß sie nur auf freiwilliger Basis ihren Schutz vornimmt. Das war mit die wichtigste Unterstützung, die wir in unserem Kampf gegen die Remilitarisierung hatten. (Beifall) Und ebenso ist es für uns von ungeheurer Bedeutung, daß nun die Sowjetunion beschlossen hat, freiwillig auf Atomwaffenversuche zu verzichten.

Ich freue mich, daß ich sagen kann, daß die Naturfreundejugend in besonders aktiver Weise an die anderen Jugendverbände herangetreten ist, um eine feste Gemeinschaft zu schmieden. Das ist in Frankfurt gelungen, wo Jungsozialisten, „Falken", die Naturfreunde- und Gewerkschaftsjugend gemeinsam auf die Straße gehen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Das ist ebenfalls in Solingen und in Stuttgart gelungen, aber es langt nicht. (Beifall)

Es ist traurig, daß die bürgerlichen Kräfte die Arbeiterschaft bitten müssen: »Seid so gut und kommt uns zu Hilfe!« Professoren müssen vor den Gewerkschaften auf den Knien liegen und sagen: »Macht doch irgendwie eine Aktion!«

Ich kann mich sehr gut an die Worte von Willy Richter erinnern, der in Frankfurt sprach: »Ja, wir sind nicht so eine Macht, die Macht im Staate haben die anderen Leute.«

Was sind das für Gewerkschaftsfunktionäre, die nicht einmal wissen, welche Macht die Arbeiterklasse besitzt!" (Zurufe: Sehr richtig! – Beifall)

Kollege Fritz Müller, Leuna-Werke:

Legt den Herren der IG Farben das Handwerk

„Ich komme aus einem der größten Betriebe unserer Deutschen Demokratischen Republik. Hier auf dem Kongreß sind junge Arbeiter aus vielen großen Betrieben Deutschlands versammelt. Uns verbindet das Bewußtsein, Angehörige der Arbeiterklasse zu sein. Als junge Arbeiter haben wir gemeinsame Klasseninteressen und Ziele, um deren Verwirklichung wir auch gemeinsam kämpfen müssen. Uns steht ein gemeinsamer Feind gegenüber, das Monopolkapital und der Militarismus. Die Feinde der Arbeiterjugend unseres Werkes sind vor allem die Herren der IG Farben, die früher auch unser Werk beherrschten, Dr. Bütefisch, Dr. Ambross, ter Meer u. a., die bereits am I. Weltkrieg verdienten. Während der dunklen Nacht des Faschismus waren sie die Hauptverdiener am Tode von Millionen Menschen. Sie tragen die Schuld für unzählige grausige Verbrechen, die von den Faschisten begangen wurden. Vier Millionen Menschen wurden in Auschwitz und Maidanek, den Konzentrationslagern der IG Farben, ermordet.

Liebe westdeutsche Freunde, heute sind diese Herren, und mit ihnen im Bunde 300 weitere Multimillionäre, die zum großen Teil auf der Kriegsverbrecherliste standen und vom Tribunal der Völker in Nürnberg für ihre Verbrechen verurteilt wurden, in der Bundesrepublik wieder an der Macht. Ihre Interessen bestimmen die Politik des Bonner Staates. Was wollen diese Herren? Größtmöglichen Profit! Da sie in der Vergangenheit am Rüstungsgeschäft und am Krieg am meisten verdienten, bereiten sie einen neuen Krieg vor.

Darum wenden wir uns an Euch, liebe Freunde aus den Badischen Anilin- und Sodafabriken und den anderen chemischen Großbetrieben Westdeutschlands. Ihr müßt auch handeln. Ihr dürft nicht nur Protest zum Ausdruck bringen, sondern ihr müßt im Massenkampf dazu beitragen, die Bedrohung des Friedens abzuwenden, den Kräften des Monopolkapitals und des Militarismus eine Niederlage zu bereiten und den Weg zu bahnen für die Durchsetzung des Zieles der deutschen Arbeiterklasse, den Sozialismus.

Filme ohne Superman

Ein Blick in das Filmprogramm zeigte unseren westdeutschen Freunden, daß Gangsterfilme und solche Streifen, die Kriege verherrlichen und geistig vorbereiten helfen, in der Deutschen Demokratischen Republik fehlen. Sie konnten sich sehr rasch davon überzeugen, daß das nicht nur während der Ostertage so ist. Niemand hat Gangsterfilme vermißt. Aber jeder hat solche Streifen begrüßt wie:

Der Start der Sputniks; Jahrgang 21; Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse; Kinder von Hiroshima; Berlin, Ecke Schönhauser; Der Rat der Götter; Du und mancher Kamerad.

Ein Jugendfest ohne Sport?

Nein, das wäre undenkbar. In Erfurt wurde auch der Sport groß geschrieben. Viele Begegnungen zwischen Mannschaften aus Ost und West fanden während der Ostertage statt.

30 Mannschaften, davon 14 aus der Bundesrepublik, trugen ihre Kämpfe aus. Höhepunkt waren zwei internationale Fußballspiele - eine rumänische und eine ungarische Mannschaft spielten gegen den Sportclub Turbine Erfurt. Ein internationales Rugby-Spiel, Eishockey, Wanderungen in die nähere Umgebung, Vorführungen der Motorsport-Kunstfahrergruppen, Schwimmveranstaltungen und Tauchvorführungen, Boxvergleichskämpfe, Flugvorführungen und Fallschirmspringen seien hier nur aus der Fülle des Gebotenen erwähnt.



Folgt dem Beispiel der Hentschel-Arbeiter in Kassel. Organisiert Protestdemonstrationen. Streikt! Organisiert die Volksabstimmung! Und seid bereit, auch mit den Mitteln des Generalstreiks die Atomrüstung zu verhindern." (Beifall)

Kollege Penà, Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes:

Grüße von 80 Millionen Arbeitern

„Ich bringe einen Gruß und eine Einladung. Der Gruß ist vom Weltgewerkschaftsbund mit dem Wunsch, die Solidarität mit euren Zielen und Aufgaben auszudrücken.

Die Einladung ist, daß wir euch auf dem Kongreß der jungen Arbeiter der Welt erwarten, der in Prag vom 14. bis 20. Juli 1958 stattfindet." (Der Kongreß wählte 15 Delegierte, davon 10 aus Westdeutschland.)

„Die Arbeiterjugend will nicht ein zweites Mal den falschen Weg der Remilitarisierung, der Aufrüstung und des wahnsinnigen Wettlaufes mit dem Tode gehen. Wenn wir um Arbeit kämpfen, dann deswegen, weil wir leben wollen. Das ist das, was der Inhalt des Kampfes und das Ziel aller Jugendlichen bedeutet, alles für den Sieg der Sache des Friedens zu tun. Wenn man sagen kann, daß sich die große Frage Krieg oder Frieden in Europa entscheidet, so muß man hinzufügen, daß dabei Deutschland die wichtigste Rolle spielt. Aus diesem Grunde hat der Erfurter Kongreß eine weltweite Bedeutung. Vereinigt euch, ihr Jungen aus Deutschland!" (Beifall)

Kollegin Inge, Betriebsrat (Hessen):

Im Streik einig wie ein Mann!

(Kollegin Inge hatte sehr großen Beifall auf dem Kongreß, der nicht nur diesem sympathischen und mutigen Mädchen, sondern auch ihren Kolleginnen daheim galt.)

"Ich komme aus einem Textilbetrieb, in dem bis vor einer Woche ein sehr harter Arbeitskampf geführt wurde. Er wurde notwendig, weil die Unternehmer unsere

berechtigten Lohnforderungen in keiner Weise erfüllen wollten, obwohl sie durchaus in der Lage dazu waren. Als nach wochenlangen Verhandlungen die Unternehmer die Frechheit besaßen, unseren Forderungen von 20 und 25 Pf pro Stunde ein Angebot von 2 bis 3 Pf entgegenzusetzen, zogen wir Textilarbeiter die einzig richtige Konsequenz und traten geschlossen in den Streik. (Beifall)

Dieser Streik dauerte acht Wochen und wurde vorige Woche erfolgreich beendet. (Beifall)

Gab es auch in manchen Betrieben einige Streikbrecher, die glaubten, uns in den Rücken fallen zu können, so stand im Kampf eine geschlossene Front vom ersten bis zum letzten Tag, die trotz mancherlei Drohungen und Schikanen der Unternehmer nie zu durchbrechen war. Gerade unsere Jugendlichen, aber auch unsere Frauen waren sich vollauf bewußt, daß klassenkämpferische Auseinandersetzungen, Streiks, für die Zukunft von großer Bedeutung sind. Unsere Frauen, die von den Unternehmern aufgesucht wurden und mit unlauteren Methoden und Versprechungen dazu gebracht werden sollten, Streikbrecher zu werden, hatten für diese Herren immer die richtige Antwort bereit, nämlich die, daß sie als Arbeiterfrauen die Interessen ihrer Klasse zu vertreten haben und keine anderen. (Beifall)

Aber je größer die Anstrengungen der Unternehmer waren, einen Keil in unsere Reihen zu schlagen, sie erreichten das Gegenteil. Die Front der Streikenden wurde immer geschlossener und ist niemals zusammengebrochen. Und gerade in der letzten Zeit meldeten sich täglich Frauen, die als Streikposten vor die Betriebe gehen wollten oder sich sonst als Streikhelfer betätigen wollten. Ob in Einzelgesprächen oder Gruppen, es herrschte überall die Meinung, dieser Streik muß erfolgreich beendet werden. Nach zwei Wochen war es dann soweit. Unsere Lohnverhandlungen wurden mit 17 und 15 Pfennig Tariferhöhung abgeschlossen.

Die Erkenntnis aller Streikenden war die, daß die Unternehmer niemals einer solchen Lohnerhöhung zugestimmt hätten, wenn nicht die Einigkeit der streikenden Arbeiter sie dazu gezwungen hätte." (Starker Beifall)

Antwort auf brennende Fragen

Außerordentlich starkes Interesse fanden über 20 Veranstaltungen, auf denen sich junge Arbeiter mit namhaften Persönlichkeiten, Wissenschaftlern, Staatsfunktionären und Vertretern der Arbeiterorganisationen aussprachen, sowie Treffen der jungen Arbeiter einzelner Industriegewerkschaften. Über 3000 Teilnehmer des Treffens machten davon regen Gebrauch.

Einen großen Teilnehmerkreis hatte der Zirkel „Der Marxismus und die Jugend von heute" auf dem Horst Sindermann vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über grundlegende Fragen der marxistischen Philosophie sprach.

In der Aussprache über den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik wollten die jungen Arbeiter der Bundesrepublik vor allem wissen, welche Rolle die Gewerkschaften spielen, welches Mitbestimmungsrecht sie haben und was man hier unter Planwirtschaft versteht.

Um Professor Kahn vom Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin scharte sich ein großer Kreis junger Arbeiter, um Antwort auf die Frage zu bekommen: Muß es Wirtschaftskrisen geben?

Man setzte sich mit den unwissenschaftlichen Auffassungen auseinander, die den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit verkleistern, die Existenz von Klassen leugnen und die objektive Gesetzmäßigkeit von Wirtschaftskrisen im Kapitalismus nicht wahr haben wollen.

Walter Ulbricht, 1. Sekretär des ZK der SED:

Aktionseinheit verbürgt den Sieg

Zu einem Höhepunkt des Kongresses wurde die Diskussionsrede des 1. Sekretärs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht. Langanhaltender, herzlicher Beifall empfing ihn, als er die jungen Menschen aus beiden deutschen Staaten im Namen der größten und stärksten Partei Deutschlands, der SED, begrüßte. Walter Ulbricht sagte:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands unterscheidet sich dadurch von allen Parteien, die es in Deutschland gab und gibt, daß sie als erste die Grundrechte der Jugend in einem Drittel Deutschlands verwirklicht und der Jugend alle Möglichkeiten der Entwicklung ihrer Fähigkeiten, alle Möglichkeiten der Teilnahme am Neuaufbau der Wirtschaft, an der sozialistischen Umgestaltung und an der Aneignung der großen Güter der fortgeschrittenen Kultur ermöglicht hat. Das können wir hier als SED mit gutem Gewissen vor allen westdeutschen jungen Arbeiterinnen und Arbeitern erklären. (Beifall)

Haben wir übertrieben?

Ich habe mit großem Interesse die Darlegungen der westdeutschen Freunde gehört. Die jungen Arbeiter aus den verschiedensten Betrieben haben erklärt, wie plötzlich in Westdeutschland die Unzufriedenheit, die lange Zeit unter der Decke schwelte, an die Oberfläche durchbrach, und jetzt plötzlich eine große Volksbewegung gegen den Atomtod entfaltet wurde. Ich möchte die westdeutschen Freunde daran erinnern, daß wir schon vor längerer Zeit miteinander diskutiert und der westdeutschen Arbeiterklasse gesagt haben: Die Remilitarisierung, die Eingliederung in die NATO bedeutet, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands denselben Weg der Kriegsrüstung gehen, wie es die Hitlerregierung getan hat.

Damals haben uns viele geantwortet: Ihr aus der DDR, ihr übertreibt. Als aber im Bonner Bundestag Herr Adenauer und Herr Strauß offen auftraten und die Ermächtigung für die Atomrüstung forderten, hat jeder westdeutsche Werktätige gesehen, daß wir euch die volle Wahrheit gesagt hatten.

Adenauer — das ist Atomkrieg

Als Hitler die Machteroberung des Nazismus vorbereitete, rief Ernst Thälmann: Hitler — das ist der Krieg! Heute sagen wir der Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung Westdeutschlands: Adenauer und Strauß — das ist der Atomkrieg. (Zurufe der Delegierten unterstreichen diese Feststellung)

Jawohl, Adenauer und Strauß, das heißt Atomkrieg. So ernst muß man diese Atomrüstung in Westdeutschland einschätzen. Strauß hat in den letzten Tagen gesagt, daß Westdeutschland nicht nur amerikanische Atomwaffen kauft, sondern daß Westdeutschland teilnimmt an der Produktion von Atombomben. (Pfui-Rufe)

Die westdeutschen Imperialisten gehen den Weg Hitlers. Die Methode, mit der sie im Bonner Bundestag gegen die Friedenskräfte auftraten, ähnelt doch den Methoden, mit denen Hitler den Krieg vorbereitete. Dazu gehört die Hetze gegen die angebliche kommunistische Gefahr. Wir fragen alle westdeutschen Arbeiter und westdeutschen Bürger: „Was ist das für eine eigenartige, bolschewistische Gefahr", die darin be-

steht, daß die Sowjetregierung vorschlägt, sofort alle Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben einzustellen und mit dem Beispiel vorangeht? Und wie denkt ihr über den Vorschlag der Sowjetregierung, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schaffen? Das kann doch nur zum Nutzen für die Völker sein. Sie nennen auch den Rapacki-Plan, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, einen Ausdruck der Gefahr des Kommunismus.

Herr Strauß hat ganz offen gesagt, worum es ihm geht. Er will in Zukunft den Fall »Rot« ausprobieren. Das heißt, die Bonner Kriegsvorbereitungen dienen der Vorbereitung der Aggression gegen die sozialistischen Staaten. Die Arbeiterklasse Westdeutschlands möge aus dieser Erklärung von Strauß die Schlußfolgerung ziehen. (Lebhafter Beifall)

Ein einiges Deutschland – aber ohne Strauß

Die amerikanischen und westdeutschen Militaristen wollen ihr Ausbeutungsgebiet, ihr Unterdrückungsgebiet, nach Osten ausdehnen. Das zeigt nur, daß sie die Fähigkeit verloren haben, die Lage real einzuschätzen, denn das Kräfteverhältnis in der Welt hat sich so verändert, daß solche Pläne niemals verwirklicht werden können. Es wird niemals ein imperialistisches Deutschland geben, aber ein einiges, friedliches Deutschland, ein Deutschland ohne einen Kriegsminister Strauß. (Langanhaltender Beifall)

Ich spreche hier als Arbeiter zu euch, der sein ganzes bewußtes Leben gegen den deutschen Imperialismus gekämpft hat. In dem Alter, in dem ihr seid, haben wir gegen den ersten Weltkrieg gekämpft. Der deutsche Imperialismus, die Konzernherren, Bankherren und Großagrarier brachen damals den Krieg vom Zaune, um ihre Welteroberungspläne zu verwirklichen, neue Ausbeutungsgebiete zu erobern und hohe Profite einzusacken.

Damals kämpften wir als junge Arbeiter in der Liebknecht-Gruppe gegen den Krieg. Ich will auch offen sagen, damals war das viel schwerer als jetzt. Es war viel schwerer, weil es noch keine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse gab, weil auch die Kräfte der sozialistischen Jugend zu Beginn des ersten Weltkrieges zersplittert waren. Die Vorhut der Arbeiterklasse hat damals große Opfer gebracht.

Heute sind wir schon soweit, daß in einem Drittel Deutschlands die Friedenskräfte das Banner fest in den Händen haben. Das ist ein großer geschichtlicher Erfolg.

917 Millionen Menschen stehen an Eurer Seite

In der Diskussion wurde von einem Jugendfreund die Frage gestellt: Es gibt eine große Bewegung in Westdeutschland, aber werden wir die Kräfte haben, um unsere Forderungen durchzusetzen, um den Frieden zu erhalten?

Liebe junge Freunde! Diese Kraft gibt es, denn ihr steht doch in Westdeutschland nicht allein, ihr seid doch ein Teil der großen Friedensbewegung in der ganzen Welt, die heute schon die Mehrheit der Völker umfaßt. Wir haben früher im ersten Weltkrieg unter schwereren Bedingungen gekämpft. Wir kämpften in der Periode des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Ihr aber kämpft jetzt unter neuen Bedingungen. Der Sozialismus in der Sowjetunion hat gesiegt, und der Aufbau des Kommunismus schreitet erfolgreich vorwärts. Es besteht bereits ein sozialistisches Weltsystem, das ein Drittel der Erde umfaßt. Es gibt die größen nationalen Befreiungsbewegungen der kolonialen und unterdrückten Völker.

Dem sozialistischen Lager gehören heute schon 917 Millionen in der Welt an. Ich sage 917, weil man in Westdeutschland manchmal die 17 Millionen, die in der DDR den Sozialismus aufbauen, nicht mitrechnet. (Heiterkeit, Beifall)

Manche berücksichtigen nicht, daß wir zu der großen Kraft des sozialistischen Lagers gehören, das von der Elbe bis nach Korea und Vietnam reicht.

Das Kräfteverhältnis hat sich in der Welt geändert und mit Hilfe dieser großen Weltbewegung wird und muß es gelingen, auch in Westdeutschland die aggressiven, militaristischen Kräfte zu bändigen. (Beifall)

Wie soll es weitergehen?

Erlaubt mir eine reale Einschätzung der Bewegung in Westdeutschland. Die Beschlüsse der Arbeiterorganisationen, der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen, die Bildung von Initiativausschüssen, die Vorbereitung der Volksbefragung – das alles ist der Anfang der großen Bewegung. Selbstverständlich kann eine solche Bewegung nur voll zur Entfaltung und zum Erfolg kommen, wenn sie sich organisiert, wie ihr das hier berichtet habt, wenn solche Initiativausschüsse zustandekommen, wenn sich die aktivsten und fortgeschrittensten Kräfte überall zusammenschließen, wenn in den Gewerkschaften entsprechende Beschlüsse gefaßt werden usw.

Die Friedenskräfte, die Gegner der Atomrüstung, müssen sich überall organisatorisch zusammenschließen, denn sie stehen einem organisierten Gegner gegenüber. Welche Kräfte können in dieser großen Bewegung zusammenkommen? Wenn wir sagen, die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft, so ist das richtig. Aber die Arbeiterklasse kann diese große Bewegung nur zum Erfolg führen, wenn sie sich fest mit den breitesten Massen der Bauern, des Mittelstandes, der Intelligenz und mit dem national gesinnten Teilen des Bürgertums, das heißt, auch mit den national gesinnten Teilen der Kapitalistenklasse verbindet. Alle Kräfte, die gegen die Atomkriegspolitik Adenauers und Strauß sind, sollen vereinigt werden, gegen den gemeinsamen Feind und für das gemeinsame Ziel: Für die Sicherung des Friedens! Gegen die Atomrüstung in der Bundesrepublik! Für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone! Das ist die Aufgabe! (Starker Beifall)

Sind in Peenemünde Atomwaffen stationiert?

Einer der jungen Freunde hat die Frage gestellt: »Ja, aber wer garantiert uns, daß es in Peenemünde keine Atomwaffen gibt?« Nun, das ist doch ganz einfach. Die beiden deutschen Staaten brauchen sich nur über die Verminderung der Rüstungen zu verständigen und darüber, daß in Deutschland keine Atomwaffen lagern, dann werden wir uns auch darüber verständigen, wie man das kontrolliert. Das ist doch ganz einfach. Darüber können wir uns unterhalten. Jedenfalls lagern in Peenemünde keine Atomwaffen. Ich sage das, damit niemand denkt, es gibt da ein Geheimnis. (Beifall)

Wir sind gegenwärtig mit ganz anderen Fragen beschäftigt. Wir sind beschäftigt mit dem Bau eines Atomkraftwerkes, das heißt, mit der friedlichen Anwendung der Atomenergie, aber nicht mit der Atomwaffenproduktion. Auf der Leipziger Messe konnte jeder sehen, welche neuen Instrumente wir im Interesse der friedlichen Verwendung der Atomenergie bereits produzieren. Die westdeutsche Presse hat geschrieben, daß wir in der Produktion von Instrumenten zur friedlichen Anwendung der Atomenergie weiter sind als Westdeutschland.


ERFURT OSTERN 1958

Bändigung der Atomkrieger – Aufgabe aller Deutschen

Nun gibt es einige westdeutsche Zeitungen, die haben als Antwort auf unsere Friedensvorschläge erklärt: »Warum mischt sich eigentlich die DDR in die westdeutschen Angelegenheiten ein?«

Aus dem sehr einfachen Grunde, weil die Atomkriegsvorbereitungen in Westdeutschland das ganze deutsche Volk angehen; die westdeutsche Bevölkerung wie die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Deswegen interessieren wir uns dafür, und deshalb sind wir der Meinung, daß die Arbeiterklasse und die friedliebende Bevölkerung in ganz Deutschland sich gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Atomkriegstreiber, zusammenschließen muß. Das zum ersten. (Beifall)

Aber weiter. Im Bonner Bundestag hat der christliche CDU-Abgeordnete Dr. Jaeger auf die Frage, was denn mit diesen Atombomben geschehen soll, ob die auch auf die Städte der DDR abgeworfen werden sollen, erklärt: Es könnten dann auch Bomben auf Leipzig und Dresden abgeworfen werden. Sie werden verstehen, daß wir uns angesichts dieser Erklärungen sehr dafür interessieren, wie man diese Kriegstreiber in Westdeutschland endlich bändigen kann. Darin besteht unser gemeinsames Interesse.

Unter diesen Bedingungen ist es selbstverständlich, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ein Lebensinteresse daran hat, daß diese Volksbewegung vorwärtsschreitet und die Atomkriegspolitiker gebändigt werden.

Atomrüstung – eine menschliche Tat?

Nun hat sich etwas sehr Merkwürdiges ereignet. Ausgerechnet Adenauer und die anderen Propagandisten der Atomkriegsrüstung treten unter der Losung der Menschlichkeit auf. Wir hatten alles andere erwartet, nur das nicht. Sie sprechen davon, darum zu kämpfen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik ein menschliches System geschaffen wird. Ich glaube jedoch, wenn es in Deutschland irgendwo Unmenschen gibt, dann sind das diejenigen, die der Ermächtigung über die Atomrüstung im Bonner Bundestag zugestimmt haben. (Starker Beifall)

Wir haben in der DDR nicht nur die sichere Grundlage einer Friedenspolitik geschaffen, wir haben bei uns im wesentlichen auch die kapitalistische Ausbeutung abgeschafft.

Ich denke, die Überführung der Betriebe in Volkseigentum war eine sehr menschliche Tat, denn sie bedeutet die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung. Jetzt arbeitet das Volk für sich, für den Aufbau des Sozialismus. »Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein!« Das verwirklichen wir und können wir verwirklichen, weil eben alle wichtigen Betriebe in den Händen des Volkes sind. Das ist eine wahrhaft menschliche Politik. (Erneuter Beifall)

Wiedervereinigung – unsere ureigenste Angelegenheit

Wir müssen von einer realen Einschätzung der Lage ausgehen. Es gibt in Deutschland zwei Staaten. Wenn man eine Wiedervereinigung Deutschlands will, müssen sich die beiden deutschen Staaten näherkommen, müssen sie sich verständigen. Man muß eine Konföderation und einen gemeinsamen Rat bilden, und dann kann man weiterschreiten zur Wiedervereinigung. Wir sind der Meinung, daß der Weg der Bildung des Staatenbundes der beiden deutschen Staaten ein wichtiger Schritt ganz besonders auch für die Sicherung des Friedens wäre.

In Westdeutschland sagen manche Politiker: sie wünschten nur individuelle Kontakte. Sprechen wir offen über Kontakte: Glaubt jemand, daß individuelle Kontakte zum Beispiel die Wiedervereinigung Deutschlands fördern? Es ist doch nicht ernst zu nehmen, daß man die Wiedervereinigung zustande bringt, wenn das westdeutsche Lemmer-Ministerium einige Agentenkontakte in der DDR herstellt. Nun gut, die Agenten finden wir eines Tages. Dann gehen die Agenten hoch, und dann beschweren sie sich, daß wieder einmal ein Agent verhaftet ist. (Heiterkeit) Das könnten sich die Herren alles ersparen. Es geht doch nicht um die Frage solcher Kontakte! Wenn man die Frage der Wiedervereinigung ernst nimmt, muß man sich bemühen, daß die politischen Hauptkräfte beider deutschen Staaten sich zusammensetzen.

Womit beginnen?

Nun hat jemand gesagt, wir hätten doch zwei verschiedene Gesellschaftssysteme. Ja, in der Deutschen Demokratischen Republik ist die herrschende Klasse die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und anderen werktätigen Schichten. In Westdeutschland ist die herrschende Klasse das Großkapital, das sich Anhang in verschiedenen anderen Kreisen gesucht hat.

Obwohl zwei verschiedene Klassen in Deutschland herrschen erfordert es das Interesse des Friedens, daß sich die Vertreter beider deutschen Staaten zusammenfinden und sich zunächst über die einfachsten Schritte zur Erhaltung des Friedens durchaus verständigen. (Beifall)

Wir haben ganz einfache Vorschläge gemacht. Wir haben vorgeschlagen, daß beide Staaten die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, einer Zone der verminderten Rüstung, unterstützen. Auch sind wir dafür, daß zwischen beiden Blöcken, zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO ein Nichtangriffspakt vereinbart wird und aus Deutschland und den europäischen Staaten alle ausländischen Truppen abgezogen werden.

Was heißt Freiheit?

Manche in Westdeutschland haben uns gesagt, sie wollten die Wiedervereinigung in Freiheit. Aber jetzt hat sich im Bonner Bundestag erwiesen, daß sie gegen die Wiedervereinigung in Freiheit sind. Was heißt Freiheit? Das erfordert doch, daß Westdeutschland zunächst von dem Druck der Atomrüstung befreit wird, daß das deutsche Volk zunächst vom Druck der Aufrüstung, vom Druck der amerikanischen Besetzung frei wird und überhaupt, daß der Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland und den anderen europäischen Ländern erreicht wird. Das sind Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung in Freiheit unter friedlichen Bedingungen.

Warum ist Adenauer gegen einen Friedensvertrag?

Die Sowjetregierung und auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben im Jahre 1952 den Westmächten und der Bonner Regierung einen Friedensvertrag und die Bildung eines gemeinsamen deutschen Organs zur Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen vorgeschlagen. Das war aber vor der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO, vor Adenauers Unterschrift unter die Pariser Abkommen. Damals hat Adenauer den Friedensvertragsvorschlag und auch gesamtdeutsche Wahlen abgelehnt.

Warum? Er hat damals in engem Kreis in Bonn gesagt: Erst müssen wir aufrüsten, dann steht die Frage der Wahlen. Aber wenn Herr Adenauer aufgerüstet hat, wenn er mit Atombom-

ben die Wiedervereinigung durchführen will, dann scheint es, ist es für Wahlen zu spät. Das heißt, er war gegen die Wiedervereinigung und gegen Wahlen, er war für den Weg der Atomkriegspolitik.
Nachdem Westdeutschland einen Teil seiner Souveränität an die USA abgetreten und sie bevollmächtigt hat, in Fragen der Wiedervereinigung zu verhandeln; nachdem die Montan-Union weitgehende bestimmende Rechte in Westdeutschland bekam und damit ein Teil der Souveränität Westdeutschlands an die Montan-Union abgegeben wurde, ist eine solche Lage eingetreten, daß zunächst eine Verständigung der beiden deutschen Staaten eintreten und Westdeutschland von der NATO losgelöst werden muß. Anders kann man von einer Wiedervereinigung in Freiheit überhaupt nicht sprechen. (Beifall)

Durch Konföderation zu Einheit und Frieden

Vor einem Jahr haben wir die Notwendigkeit der Konföderation öffentlich begründet. Als ich diesen Vorschlag zum ersten Mal darlegte, hat man in Bonn die Konföderation abgelehnt. Aber wie ist heute die Lage? Breite Kreise in Westdeutschland erkennen, daß es keinen anderen Weg für die Wiedervereinigung als die Schaffung des Staatenbundes, die Konföderation, gibt.
Mitglieder der Adenauer-CDU, Vertreter der Freien Demokratischen Partei, also einer bürgerlichen Partei, Funktionäre der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, sagen: »Wenn wir auch gegen die DDR reden, die Zeit wird kommen, wo wir mit der DDR verhandeln müssen«. Darüber gibt es keinen Zweifel, daß sie mit der DDR verhandeln müssen. Einen anderen Weg gibt es überhaupt nicht. Und die Bewegung für die Konföderation als Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands wird in der Zukunft auch solch breites Ausmaß annehmen, wie heute die Volksbewegung gegen den Atomtod.
Das gibt uns die Hoffnung, daß wir auch in der Wiedervereinigung Deutschlands vorwärtskommen. Wir sind deshalb froh, wir begrüßen es, daß die Sowjetregierung ihre Initiative für das Zustandekommen der Gipfelkonferenz entfaltet hat. Wir wünschen und haben die Hoffnung, daß in Westdeutschland eine solche breite Volksbewegung entsteht, daß die Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland sich für eine Gipfelkonferenz ausspricht, auf der eine Verständigung über die Einstellung der Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben, über die Atomabrüstung, über einen Nichtangriffspakt zwischen den beiden Staatenbünden, über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone zustande kommen möge. Wenn solche Verständigungen erreicht werden, dann wird dies zum Nutzen unseres ganzen deutschen Volkes sein." (Anhaltender Beifall)

ERFURT OSTERN 1958



Kollege Arno, Betriebsrat (Bayern):

Bonn plant atomaren Brudermord

„Herzliche Grüße möchte ich von den Freunden unserer Gruppe überbringen, die auf Grund eines Urlaubsverbotes von seiten ihrer Arbeitgeber nicht hier teilnehmen können. (Pfui-Rufe im Saal)

Ich möchte auch von hier aus den Vorsitzenden des Deutschen Jugendringes, Wolfgang Schoor, grüßen, (Beifall) der in der Bundesrepublik eingekerkert ist, weil er es gewagt hat, das Gewissen der westdeutschen Jugend gegen die Atomkriegspolitik der Bonner Machthaber wachzurütteln.

Ein Schauer des Entsetzens hatte uns erfaßt, als wir vernahmen, daß die CDU/CSU-Clique in Bonn die Atomrüstung der Bundesrepublik beschlossen hatte. Man will im Ernstfall – wie einige CDU-Politiker es auszudrücken gewagt haben – nicht davor zurückschrecken, auch mitteldeutsche Städte mit Atomwaffen anzugreifen. Der atomare Bruderkrieg ist bereits in Bonn eingeplant. Ich frage mich: Was bei uns in Westdeutschland eigentlich noch alles passieren muß, um endlich die Bevölkerung gemeinsam auf den Plan zu rufen, die allein fähig und in der Lage ist, die drohende Gefahr abzuwenden? Wir sollten uns endlich unserer Macht bewußt werden und vom Willen zur Tat schreiten.

Wir müssen unsere Gewerkschaften veranlassen, mehr zu tun, als nur Erklärungen abzugeben und zu protestieren.

Wir kämpfen doch um Lohnerhöhung und streiken dafür.

Jetzt, da es um Leben und Tod geht, sollten wir uns unserer Kraft nicht um so mehr bewußt sein?" (Beifall)

Kollege Arno sprach dann über die Arbeit des vorbereitenden Komitees, das den Kongreß einberufen hatte und unterbreitete den Vorschlag, das vorbereitende Komitee bestehen zu lassen und es zu beauftragen, weitere Treffen, Kongresse, Tagungen und Diskussionen zu organisieren. (Der Antrag wurde in der späteren Abstimmung gebilligt.)

Max Reimann, 1. Sekretär der KPD:

Euer Kampf wird siegreich sein

Den Herren des Bundesinnenministeriums wäre bestimmt der Mund offen geblieben, wenn sie miterlebt hätten, wie begeistert der 1. Sekretär der KPD, Max Reimann, von den jungen Arbeitern auf dem Kongreß empfangen wurde. Entgegen der massiven Hetze in der adenauertreuen Presse und trotz der bedauerlichen Haltung der SPD-Führung zu den kommunistischen Klassengenossen, zeigten die jungen Arbeiter, daß für sie ein Kommunist der Begriff eines mutigen Kämpfers für die Interessen der Werktätigen ist.

Max Reimann erhielt stürmischen Beifall, als er den Kongreß im Namen des ZK der KPD begrüßte. Er sagte:

„Ihr beratet, was jetzt zu tun ist, damit die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik verhindert und der deutschen Jugend ein freies, glückliches Leben gesichert wird.

Die Bonner Herren, die Adenauer und Strauß, die Jaeger und Kiesinger, wollen den Weg dahin mit ihrem Beschluß zur atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik verbauen. Aber diesmal haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht."

Wer ist der Todfeind?

Max Reimann erinnerte an die Worte Kriegsminister Strauß', der der Jugend weismachen will, daß die Sowjetunion der Todfeind des deutschen Volkes sei.

„Ja", fuhr Max Reimann fort, „die deutsche Arbeiterklasse, unsere Jugend und unser Volk haben einen Todfeind; aber der steht im eigenen Lande. (Beifall)

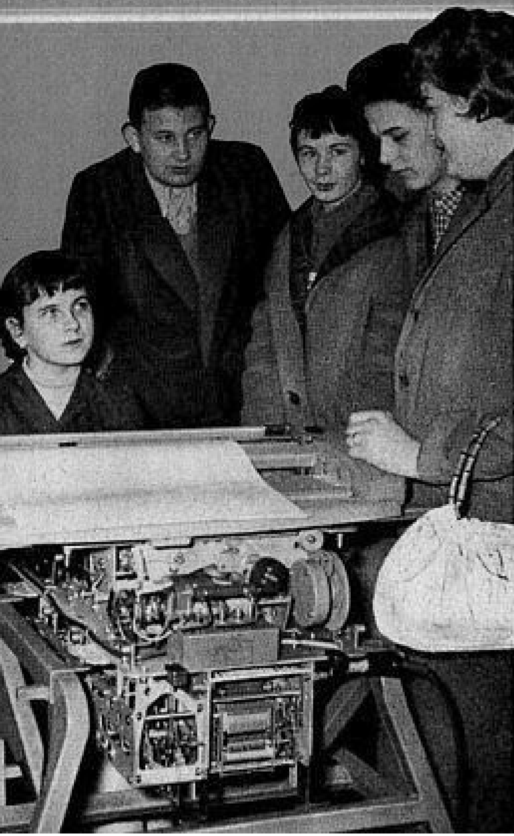
Das sind die Großkapitalisten, die euch heute ausbeuten und die euch morgen in den Krieg schicken wollen, so, wie sie eure Väter zweimal in den Krieg geschickt haben. Das sind Menschen, in deren Munde das Wort Deutschland, das Wort Frieden stets eine Lüge war. Sie kennen keine Liebe zu Deutschland, sie kennen nur ihren Geldsack und ihre Macht. Sie kennen nur die Politik der Eroberung und der Gewalt.

Der Weg zu den Sternen

Probleme des Weltenraumfluges und die hervorragenden Leistungen der Sowjetunion auf diesem Gebiet standen im Mittelpunkt der Diskussion, die Professor Baade (Dresden), der Konstrukteur des ersten Düsenpassagier-Flugzeuges Deutschlands, einleitete. Er betonte vor allem, daß die sozialistischen Staaten auf Grund ihrer Friedenspolitik und des riesigen technischen Nachwuchses in der Lage sind, kapitalistische Staaten weit hinter sich zu lassen. Die Richtigkeit dieser Worte verstärkte wohl eindeutig der Start des dritten sowjetischen Sputniks.

„Atomenergie — Fluch oder Segen der Menschheit" war ein weiteres interessantes Thema der Aussprache. Professor Havemann erläuterte zunächst die Bedeutung des Beschlusses der Sowjetunion, die Kernwaffenversuche einseitig einzustellen und gab einen Einblick in die Möglichkeiten, die Atomenergie friedlich zu nutzen.

Und wiederum stellten die jungen Arbeiter unzählige Fragen. Werden die Westmächte dem Beispiel der Sowjetunion folgen, was soll man von „sauberen" Atombomben halten, wie geht eine Kernspaltung vor sich, gibt es einen Schutz gegen Atomwaffen? Aber Einigkeit herrschte darüber, daß der beste Schutz das Verbot aller Vernichtungswaffen ist und daß darum der Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr mit aller Kraft geführt werden muß.



Der Rat der Götter sitzt nicht über den Wolken

Der »Rat der Götter«, der zwei Weltkriege beschlossen hat und einen dritten Krieg mit Atomwaffen vorbereitet, sitzt nicht über den Wolken, sondern hinter den Polstertüren der IG-Farben in der Bundesrepublik (starker Beifall) und bei Rockefeller in Amerika. Der sitzt in den Großbanken und Kriegsministerien in Washington und Bonn

Ihr, die Jugend, die Arbeiterklasse, die Völker seid es, die diesen Göttern des Krieges in den Arm fallen und sie schließlich von ihrem Thron stoßen müßt, um den Frieden zu erzwingen und das Leben der Menschheit zu retten.

Und darum: Setzt euch zur Wehr. Der nationale Notstand gebietet den nationalen Widerstand, er gebietet den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse, aller Arbeiterparteien und Organisationen in ganz Deutschland." (Beifall)

Nur gemeinsames Handeln rettet vor der Sturmflut

Zum gemeinsamen Handeln mahnend, erklärte Max Reimann:

„In meiner Heimat – ich bin an der See aufgewachsen – werden Dörfer und Städte oft von der Sturmflut bedroht. Wenn Sturmflutwarnung gegeben wird, dann weiß jeder: Jetzt ist Notstand! Dann ist es eine selbstverständliche Pflicht für jeden, ob alt oder jung, Frau oder Mann, die Gefahr abzuwenden. Alle schleppen dann Sandsäcke heran, um den Deich vor der Flut zu retten.

Die gemeinsame Not, die alle bedroht, wird durch die gemeinsame Tat abgewandt. Von dieser Pflicht schließt sich keiner aus, ob Christ oder Sozialist.

Nun frage ich euch, ihr Mädel und Jungen, ist denn die Bedrohung unserer deutschen Heimat durch die atomare Aufrüstung nicht größer und gefährlicher als die Sturmflut an der Wasserkante? Ja, sie ist größer! Ist darum die Pflicht eines jeden zum Widerstand gegen diese Drohung nicht um so notwendiger? Ja, sie ist lebensnotwendig und keiner kann sich ihr entziehen.

Eine Sturmflut ist ein Naturereignis und man kann sie noch nicht verhindern. Aber die atomare Aufrüstung des Bundeswehr wird von Menschen ausgedacht. Sie kann und muß durch den Kampf des Volkes verhindert werden. (Bravo-Rufe)

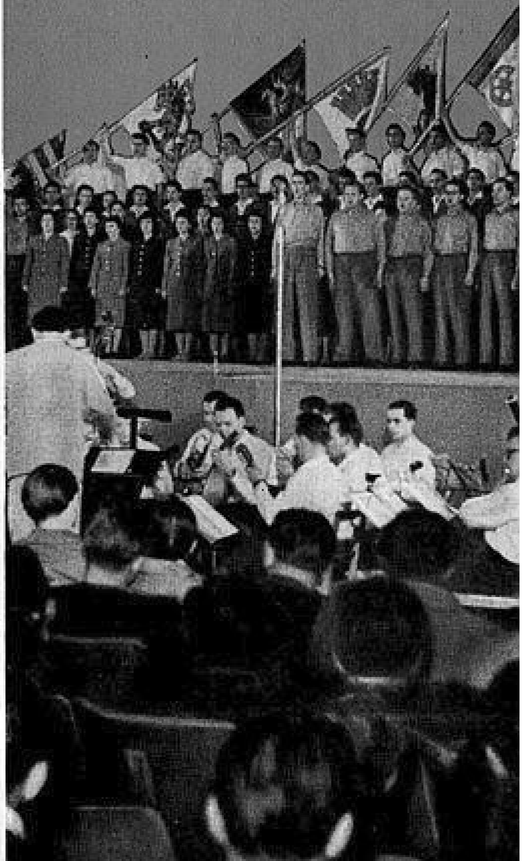
Bonn hat Angst vor der KPD!

Was erzählen die herrschenden Kreise in Westdeutschland nicht alles an Verleumdungen über die Kommunisten? Sie versuchen, unser Programm, unsere Ideen und Absichten zu entstellen. Sie haben Angst, daß die Arbeiter und die Jugend, daß die Werktätigen erkennen, wie unsere Politik die Hoffnungen der Arbeiter, die Wünsche des Volkes und das beste Streben der Jugend ausdrückt. Wir wollen Frieden und Völkerfreundschaft, wir wollen Freiheit für die schaffenden Menschen in der Bundesrepublik, wir wollen, daß der Wille des Volkes oberstes Gesetz in der Bundesrepublik wird! (Lebhafter Beifall)

Wir wollen, daß Deutschland wieder vereinigt wird und als Staat des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschrittes aufblüht. Unser Ziel ist, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wird, daß die Werte, die unsere Arbeiter und Bauern, unsere Wissenschaftler schaffen, dem Wohle unseres Volkes und der Menschheit dienen.

Die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik haben Angst davor, daß die Politik der KPD die Herzen und Hirne der werktätigen Menschen und der Jugend erfaßt. Sie glaubten, das durch ein Verbot der KPD aufzuhalten. Aber auch daraus ist nichts geworden. Das, was wir vor Jahren immer gefordert haben, nämlich den Kampf, den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse unseres Volkes gegen den deutschen Militarismus, den Kampf um Frieden, Demokratie und Verständigung, den Kampf um Löhne und Brot zu führen, ist heute das Streben von Millionen Arbeitern, der Jugend und der Werktätigen in der Bundesrepublik! (Beifall)

Wenn die Arbeiterjugend, wenn die Arbeiterklasse einheitlich handeln, wenn unser Volk sich im Kampf für diese Ziele vereinigt, sind wir unbesiegbar! Die Kommunistische Partei Deutschlands wird in diesem Kampf keine Kräfte scheuen. Sie wird fest und treu an eurer Seite stehen, bis der Sieg unserem Volke gehört und der Frieden über den Krieg triumphiert!" (Bravo-Rufe und lebhafter, langanhaltender Beifall)



Kontakte – nicht à la Lemmer

In Erfurt war das gesamtdeutsche Gespräch und die Verständigung Trumpf. Zwar nicht so, wie sie Herr Lemmer wünscht, zur Unterhöhlung und Aufweichung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern ehrliche, menschliche Kontakte. Mehr als einmal betonten die westdeutschen Gäste, daß sie nach ihrer Rückkehr jeder Hetze gegen den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat wirksam entgegentreten werden.

Ganz Erfurt war auf den Beinen

Ein letzter Höhepunkt war die eindrucksvolle Kundgebung auf dem Domplatz, zu der sich die Erfurter Bevölkerung mit den jungen Arbeitern aus allen Teilen Deutschlands vereinigte, die zuvor in einem kilometerlangen Fackelzug durch die Straßen demonstrierten. Regen und Wind peitschten die Fahnen und Transparente.

Die Fackeln loderten, und aus den Gesichtern aller Teilnehmer sprach die Entschlossenheit, die Atomkrieger vereint zu schlagen.

Es war eine begeisternde Kampfkundgebung von 90.000 Menschen, die mit brausendem Beifall die Worte Paul Verners unterstrichen.

Und feierliche Stille herrschte, als am Ende der Kundgebung das Gelöbnis der deutschen Jugend gesprochen wurde, und einstimmig gelobten die 90.000 Teilnehmer der Kundgebung, den Kampf gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik bis zum Siege zu führen.

Christa Stubnik, Verdienter Meister des Sports:

Sport und Friede gehören zusammen

„Ich persönlich komme nicht nur als Sportlerin zu euch, um euch etwas über meine sportlichen Erfolge zu erzählen, sondern ich komme heute zu euch als Sportlerin, die sich ebenfalls mit der Politik beschäftigt, die nicht nur ihren Sport treibt, die nicht nur auf dem Sportplatz ihre 100 und 200 Meter herunterläuft. Wann können wir unseren Sport treiben? Wir können doch unseren Sport nur betreiben, wenn wir alle mögliche Unterstützung bekommen, wenn wir unsere Wettkämpfe in Ruhe und Frieden und vor allen Dingen in großer Freundschaft mit den anderen Sportlern anderer Länder treiben können. Ich möchte sagen, daß wir, die wir unseren Sport lieben, und wir, die damit vielen Menschen Freude bereiten, lieber einen Schuß aus der Startpistole hören, als einen Kanonenschuß, denn der bedeutet Unglück für alle!" (Beifall)

Kollege Wolfgang, Bayern (Falkengruppenleiter):

Der Kampf auf der Straße entscheidet

„Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ist ein Teil jener Entwicklung, die bereits 1946 begann, und über die Wiederherstellung der Machteinflüsse der Monopole und alten Industrieherren, über die Restaurierung des Militarismus und Faschismus, durch den Aufbau einer neuen Wehrmacht hat sie zur jetzigen Situation geführt. Nicht zu vergessen ist hierbei das Verbot der KPD. Daß die Entwicklung noch weitergehen soll, darüber muß sich jeder klar sein, der nur etwas mit unserer Geschichte vertraut ist und sich keine Illusionen darüber macht, mit welchen Leuten wir es in Westdeutschland zu tun haben. Der Kampf auf der Straße entscheidet Deutschlands Zukunft. Die gewaltige Kraft der Arbeiter in den Fabriken und in den Verwaltungen ist das Mittel, der Atomaufrüstung und der Faschisierung Westdeutschlands ein entscheidendes »Nein!« entgegenzusetzen. Der starke Arm der Arbeiterschaft und das Bewußtsein ihrer Stärke, sowie der entschlossene Wille, diese Kraft einzusetzen, das sind die Faktoren, welche die herrschenden Kreise in Westdeutschland wie die Pest fürchten." (Lebhafter Beifall)

Kollege Brosetti (französische Delegation der CGT):

Unser Kampf ist der gleiche

Herzlicher Beifall empfing den Sprecher der französischen Gewerkschaftsdelegation. Er schilderte eindrucksvolle Beispiele des Kampfes der Jugend gegen die Kolonialpolitik der Regierung und gegen die drückende NATO-Politik.

In seinem Beitrag sagte er:

„Der gemeinsame Markt, das ist die wirtschaftliche Seite der NATO, das ist eine riesige Konzentration der Monopole – geschaffen, um eine immer größere Anzahl von Arbeitern auszubeuten.

Der gemeinsame Markt kann den Arbeitern nichts Gutes bringen. Er wird den Unternehmern eine große Masse von Arbeitslosen zur Verfügung stellen, was ihnen wiederum die Möglichkeit gibt, auf die Lebensbedingungen der werktätigen Massen einen noch größeren Druck auszuüben.

Diese Situation ist für die Jugendlichen sehr ernst, weil sie nach ihrer Schulentlassung keine Arbeit finden.

In der letzten Zeit haben Hunderte von einheitlichen Aktionen in Betrieben und Verwaltungen stattgefunden. Eine mächtige Bewegung ist entstanden. Diese Kämpfe waren alle charakterisiert durch ihre Einheitlichkeit und ihre Größe. Die Bauarbeiter von Bordeaux haben einen Beschluß gefaßt, daß sie den Bau von Abschußrampen ablehnen. (Lebhafter Beifall)

170 Söhne von ermordeten Widerstandskämpfern weigern sich, den Befehlen des General Speidel zu gehorchen. 19 von ihnen sind eingekerkert.

Es wird demonstriert und die Forderung aufgestellt, Speidel soll abreisen.

Liebe Kollegen. Wir verfolgen die Entwicklung des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr in der Bundesrepublik mit großer Aufmerksamkeit. Euer Kampf und unser Kampf ist der gleiche. Wir wollen gemeinsam den Frieden und dem Glück entgegengehen, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Alles dies ist möglich, wenn die Arbeiter im Kampf zusammenstehen, weil sie dann imstande sind, alle Hindernisse zu überwinden." (Starker Beifall)





Karl Namokel, 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ:

In den Hauptfragen sind wir einig

„Es ist richtig und notwendig zu betonen, daß sich während dieser Tage die Gemeinschaft, die Einheit, die Aktionseinheit der Arbeiterjugend fester zusammenfügte, um die großen Aufgaben, die wir heute auf dem Kongreß besprochen haben, gemeinsam zu lösen.

Der große Erfolg der Konferenz liegt darin, daß sich die Delegierten der deutschen Arbeiterjugend aus beiden deutschen Staaten einig sind in der Hauptfrage: Wir müssen gemeinsam gegen die Atomkriegspolitiker von Bonn, gegen Adenauer und Strauß, für eine glückliche und friedliche Zukunft der ganzen deutschen Jugend und des Volkes an der Seite der Arbeiterklasse kämpfen. (Beifall)

Daraus sollte jeder von uns die Erkenntnis ziehen, überall den Kampf gegen die Atomrüstung und gegen den Militarismus zu führen und nicht nur zu sagen, hier stand die Frage richtig auf der Tagesordnung, sondern dafür zu sorgen, daß diese Frage überall, vor allen Dingen in der Bundesrepublik, auf die Tagesordnung gesetzt wird. (Beifall)

Die jungen Arbeiter aus Deutschland müssen der ganzen deutschen Jugend in diesem Kampf voranschreiten.

Wenn wir jetzt auseinandergehen, so wird die Jugend der DDR in Auswertung des Kongresses der Arbeiterjugend ihre Kraft anstrengen, um die Pläne in der Industrie und Landwirtschaft zu erfüllen und überzuerfüllen, sich noch mehr Wissen anzueignen, vor allen Dingen auch konkretes politisches Wissen. Die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend werden in diesem Kampf um den weiteren Aufbau in der DDR, um die Festigung und Stärkung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates mit gutem Beispiel vorangehen. Ihr, liebe Freunde, aus der Bundesrepublik, werdet von der Jugend der DDR jede nur mögliche Unter-

stützung erhalten. Wir bitten euch, die Grüße der Arbeiterjugend der DDR euren Freunden, euren Arbeitskollegen in den Betrieben Westdeutschlands zu überbringen.

Freunde, laßt mich schließen mit dem Rufe:

Es lebe unser gemeinsamer Kampf gegen die Atomkriegsgefahr und gegen den Militarismus in Westdeutschland!

Es lebe unser gemeinsamer Kampf für eine atomwaffenfreie Zone, für Frieden und Fortschritt!

Es lebe unser Kampf um die Festigung der Freundschaft der deutschen Jugend mit der friedliebenden Jugend der Welt!

Es lebe der Frieden!

Es lebe die glückliche Zukunft der jungen deutschen Generation!"

(Starker, anhaltender Beifall)

Einig im Wollen und Handeln

Wäre Zeit und Gelegenheit gewesen, hätte der Kongreß noch mehrere Tage in Anspruch genommen.

Als die Aussprache programmgemäß beendet wurde, lagen noch weitere 48 Wortmeldungen vor. Das kennzeichnet wohl sehr eindrucksvoll die Stimmung der Delegierten, und beweist, daß der Kongreß die Kernprobleme der Jugend behandelte.

Der vorgelegte Entwurf des Manifestes wurde durch viele Vorschläge ergänzt, geändert und dann dem Kongreß zur Abstimmung unterbreitet. Mit der einstimmigen begeisterten Annahme faßte der erste Gesamtdeutsche Arbeiterjugendkongreß das Ergebnis zusammen und gab der gesamten deutschen Jugend ein klares Programm für ihren Kampf.



Aus dem Manifest an die Arbeiterjugend, an die junge Generation in beiden deutschen Staaten!

I.

Wir jungen Arbeiter aus ganz Deutschland sind in Erfurt zusammengekommen, um uns über unsere Lebensfragen zu verständigen. In jedem jungen Menschen sind die Gedanken wach, wie er das Leben sinnvoll und schön gestalten kann.

Sie wollen ohne Sorge auf den kommenden Tag und in die Zukunft blicken.

Sie wollen geachtetes und anerkanntes Mitglied der Gesellschaft sein.

Sie wollen teilhaben an den Werten, die sie schaffen.

Sie wollen ihr Können und ihren Fleiß einsetzen für ihr persönliches Wohl und das ihrer Familie und der ganzen Gesellschaft.

Sie wollen die Schönheiten und das Glück des Lebens voll genießen.

Es ist ihr Recht, nach Glück und Fortschritt zu streben. Deshalb liebt die Jugend den Frieden, weil nur der Frieden ihr Leben zur vollen Blüte entfalten kann.

Das friedliche Leben der Jugend und die Erfüllung ihrer Wünsche sind eng mit der Zukunft Deutschlands verbunden.

Wie soll diese Zukunft aussehen?

Wollen wir unser Lebensziel verwirklichen, muß Deutschland ein Land des Friedens und des Fortschritts sein.

Was aber steht dem entgegen?

Das ist die volksfeindliche, gegen den Frieden gerichtete atomare Aufrüstung der Bundesrepublik. Die Entscheidung der CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag schafft die furchtbare Gefahr eines Atomkrieges. Ganz Europa wird durch die Atomaufrüstung, die Adenauer, Strauß und die Hitlergenerale unter amerikanischem Oberbefehl organisieren, mit Massenausrottung bedroht. Das Schicksal von Hiroshima und Nagasaki wird über unser Volk heraufbeschworen.

Niemals werden wir uns mit diesem Beschluß abfinden.

Für die westdeutsche Jugend kann es nur eine Entscheidung geben: Sich für eine atomwaffenfreie Zone einzusetzen und zu verhindern, daß die Politik der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands fortgesetzt wird, die im Falle eines Atomkrieges zur fürchterlichen Vernichtung der westdeutschen Bevölkerung führen würde.

Wer behauptet, über diese Schicksalsfrage habe die Jugend nicht zu entscheiden und sie habe sich widerstandslos in dieses Schicksal zu fügen, ist ein Erzfeind der Jugend. Er hat für immer das Recht verwirkt, die Worte Demokratie, Selbstbestimmung, Humanismus und Nation in den Mund zu nehmen. Wir jungen Arbeiter sehen es als unsere Verantwortung und Verpflichtung an, im Kampf der Jugend gegen den Atomtod voranzugehen. Wir stehen dieser Gefahr nicht willenlos und jammernd gegenüber, sondern werden den Atomkriegsstrategen unseren organisierten Widerstand entgegensetzen. Wir haben nicht die Absicht, die Rolle von Schlachtvieh zu spielen, sondern sind entschlossen, die Absichten der Atomkrieger zu vereiteln.

Wir führen unseren Kampf getreu den Traditionen des antimilitaristischen Kampfes der deutschen Arbeiterjugendbewegung und nach dem großen Vorbild solch bewährter Arbeiterführer wie August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheidt.

II.

Die Militaristen, Neofaschisten und Multimillionäre, die die westdeutsche Arbeiterjugend in den Atomtod schicken wollen, wälzen schon jetzt die Lasten dieser Aufrüstung auf die Schultern der Werktätigen ab.

Darum nehmen Ausbeutung und Antreiberei ständig zu und darum stellen sich die Unternehmerverbände immer frecher gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter. Darum werden der Jugend seit Jahren ein neues und besseres Arbeitsschutzgesetz und gleicher Lohn für gleiche Arbeit vorenthalten.

Kampf gegen atomare Aufrüstung und für die Verbesserung der Lebenslage sind zwei verschiedene Seiten ein und derselben Sache.

Deshalb ist heute der Kampf gegen die Atomrüstung untrennbar mit dem Kampf für die sozialen und gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiterjugend verbunden.

In dem Maße wie die Atomkriegsvorbereitungen vorangetrieben werden, werden auch die Rechte des Volkes immer mehr beschnitten. Schon jetzt fordern Adenauer, Strauß und andere Atomkrieger ein Antistreikgesetz, um den Widerstand der Werktätigen zu brechen. Das darf ihnen nicht gelingen. Es ist nicht die Art der Arbeiterjugend, sich widerstandslos unterdrücken zu lassen. Sie fordert ihre Rechte und ist entschlossen, dafür zu kämpfen.

III.

Wir weisen entschieden die verleumderische Hetze gegen die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik zurück, mit der Adenauer die Atomaufrüstung begründet. Es ist derselbe Haßgesang, dasselbe Kriegsgeschrei gegen die Sowjetunion, wie sie der Faschismus vor 20 Jahren zur Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion gebraucht hat.

Immer aber ist die Sowjetunion für den Frieden eingetreten. Seit Jahren fordert die Sowjetunion das Verbot der Atomwaffen und die Einstellung der Versuche mit ihnen, sie demobilisierte über 2 Millionen Soldaten, sie unterstützt die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und verlangt die sofortige Einberufung einer Gipfelkonferenz.

Wie entschlossen die Sowjetunion für den Frieden eintritt, zeigt der Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR, von sich aus alle Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen sofort einzustellen.

Wir, die Delegierten des Kongresses der Arbeiterjugend, begrüßen von ganzem Herzen diesen für die ganze Menschheit so bedeutungsvollen Beschluß. Mit aller Entschiedenheit fordern wir von den USA und Großbritannien, daß sie ebenfalls alle Versuche mit nuklearen Waffen sofort einstellen.

IV.

Wir, die junge Generation der Arbeiterklasse, wissen, daß die Kraft der deutschen Arbeiterklasse heute so groß ist, daß sie für immer Frieden, Glück und Sicherheit in Deutschland erringen kann.

Die Arbeiterklasse hat durch ihr einheitliches Handeln in der Deutschen Demokratischen Republik die Macht in einem Teil Deutschlands ergriffen und damit die Grundlage dafür geschaffen, daß die Bäume der westdeutschen Imperialisten nicht

in den Himmel wachsen können. Die Jugend der DDR ist im Besitz der Grundrechte der jungen Generation, die das Recht auf politische Mitbestimmung, auf Bildung, auf Arbeit und auf Freude und Frohsinn garantieren.

Die Arbeiterjugend der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik ist sich einig in der Forderung und im gemeinsamen Anspruch auf Frieden und Fortschritt, auf ein Deutschland, in dem der Wille der Arbeiterjugend anerkannt und berücksichtigt wird.

Wer sich diesem elementaren Recht entgegenstellt, ist ihr gemeinsamer Feind. Die Arbeiterjugend der DDR, die von Imperialismus und Militarismus befreit ist, aber durch die westdeutsche Atomrüstung ebenfalls bedroht wird, kämpft an der Seite der westdeutschen Arbeiterjugend.

V.

Die atomare Aufrüstung in Westdeutschland torpediert auch die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Wer nach Atomwaffen greift, will kein wiedervereinigtes, demokratisches und friedliches Deutschland. Er stellt sich der nationalen Wiedergeburt Deutschlands mit dem Strahlentod in den Weg. Er will keinen Friedensvertrag.

Wer ehrlich die Wiedervereinigung Deutschlands will, muß vor allem die atomare Aufrüstung Westdeutschlands ein für allemal verhindern helfen.

Wer ehrlich die Wiedervereinigung Deutschlands will, muß davon ausgehen, daß zwei deutsche Staaten mit völlig verschiedenartigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen existieren, die nicht einfach zusammengefaßt werden können.

Wer ehrlich die Wiedervereinigung Deutschlands will, muß vor allem berücksichtigen, daß sie nur dann möglich ist, wenn sich beide deutsche Staaten vorher einigen, auf die Atombewaffnung zu verzichten, aus der NATO und aus dem Warschauer Vertrag auszutreten, die Wehrpflicht in Westdeutschland abzuschaffen sowie die beiderseitige Truppenstärke zu vereinbaren und für die schrittweise Zurückziehung der ausländischen Truppen aus Deutschland einzutreten. Solche Vereinbarungen können die Grundlage bilden für eine Konföderation oder — mit anderen Worten — einen deutschen Staatenbund, der uns Schritt für Schritt der Wiedervereinigung näherbringt.

Warum sollte nicht sofort zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik ein solcher Vertrag über das Zustandekommen eines deutschen Staatenbundes abgeschlossen werden können. Die deutsche Wiedervereinigung ist Sache der Deutschen selbst. Was die Großmächte anbelangt, so hat die Sowjetunion ihre Zustimmung dazu grundsätzlich bereits gegeben und die anderen Großmächte könnten sie nicht länger vorenthalten, wenn es einheitlich vom deutschen Volk gefordert wird.

Wir jungen Arbeiterinnen und Arbeiter sind der Meinung, daß ein solcher friedlicher Weg die einzige Möglichkeit bietet, zu einem demokratischen, friedliebenden, einheitlichen deutschen Staat zu kommen. Wenn die Arbeiterjugend gemeinsam mit der ganzen deutschen Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften noch mehr als bisher offen dafür eintritt, wird dieser Weg erfolgreich sein.

Wir jungen Arbeiterinnen und Arbeiter betrachten es daher als unsere höchste Aufgabe, die ganze deutsche Arbeiterjugend im Kampf gegen die atomare Aufrüstung, für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, sowie für die Wiedervereinigung Deutschlands durch einen Staatenbund zu vereinigen.

VI.

Die Jugend der Welt schaut voll Vertrauen auf die deutsche Arbeiterjugend und erhofft von ihr, daß sie ihrer großen Verantwortung in dieser ernsten Stunde gerecht wird. Die deutsche Arbeiterjugend steht in diesem Kampf nicht allein. Sie wird unterstützt durch die Solidarität der friedliebenden Jugend der ganzen Welt.

Was ist zu tun?

Wir rufen jeden Falken und FDJler,
jeden Jungsozialisten und jungen Gewerkschafter,
jedes Mitglied der Naturfreunde- und Sportjugend,
jeden nichtorganisierten jungen Arbeiter,
jeden christlichen Jungarbeiter,
jedes Arbeitermädchen und jeden Arbeiterjungen.

Die westdeutschen Reaktionäre möchten es gar zu gern, daß die Arbeiterjugend und die ganze junge Generation sich wegen ihrer verschiedenen politischen Ziele und verschiedenen Weltanschauungen in den Haaren liegen. Wir sollen uns miteinander raufen, einer im anderen den Feind sehen, damit die Reaktion ungestört die atomare Aufrüstung durchführen kann. Auf diesen uralten Trick dürfen wir nicht hereinfallen.

Jetzt ist jeder Deutsche, ob jung oder alt, aufgerufen und verpflichtet, sich mit allen Mitteln gegen den Atomtod zu wehren!

Recht haben jene, die die Arbeiterklasse zum Massenstreik gegen den Atomtod und das ganze Volk zum Volkskampf gegen die Anstifter des Atomkrieges aufrufen.

Laßt uns angesicht der Größe der Gefahr alles tun, damit sich die Arbeiterjugendorganisationen beider deutscher Staaten endlich verständigen, um gemeinsam den Kampf gegen den Atomtod zu führen.

Wir, die jungen Arbeiter aus der Bundesrepublik, erklären:

Keinen Handschlag in den Betrieben für die Vorbereitung des Atomkrieges!

Keinen Fußbreit Land für Raketenabschußbasen!

Keinen Pfennig für die Atomrüstung!

Weg mit der Wehrpflicht!

Protestieren wir in Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen und in Unterschriftensammlungen gegen die Atombewaffnung und fordern wir eine atomwaffenfreie Zone.

Wir wollen alle mithelfen, daß in jedem Betrieb, in jedem Dorf und jeder Stadt ein Ausschuß gegen den Atomtod gegründet wird.

Wir jungen Arbeiter der Deutschen Demokratischne Republik und der Bundesrepublik erklären:

Die Kraft aller deutschen Arbeiter ist stark genug, ihrem Willen und dem Willen unseres Volkes nach Frieden, Verständigung und Annäherung der beiden deutschen Staaten Geltung zu verschaffen.

Wir sind bereit, mit unserer jungen Kraft dafür einzutreten.

Deutsche Arbeiterjugend, vereinige dich im Kampf gegen Atomtod und Militarismus, für die Erhaltung des Friedens und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit durch die Konföderation der beiden deutschen Staaten!

Vorwärts im Kampf für die glückliche Zukunft der ganzen deutschen Jugend!

Mit uns ist das Recht – mit uns ist der Sieg!

Erfurt, Ostern 1958

Kongreß der Arbeiterjugend Deutschlands

GELÖBNIS

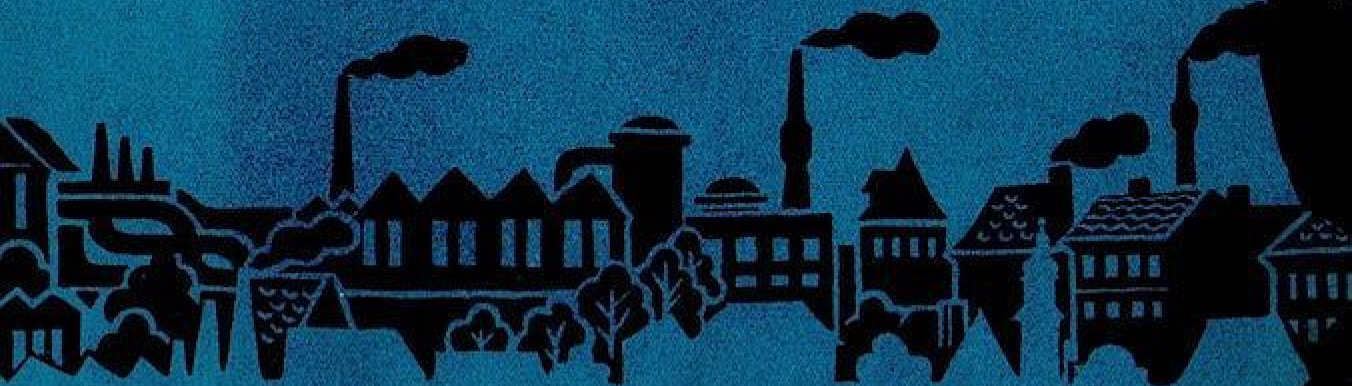
DER DEUTSCHEN ARBEITERJUGEND GEGEN DIE ATOMKRIEGSGEFAHR
OSTERN 1958

Zu machtvoller gesamtdeutscher Begegnung
der Arbeiterjugend versammelt –
rufen wir in ernster Stunde die gesamte werktätige Jugend.

Wir bekunden, an der Seite der Arbeiterklasse
für die Sache des Friedens zu wirken.
Uns gebieten die bitteren Lehren zweier Weltkriege,
dem deutschen Militarismus zu wehren!

Uns mahnt Hiroshima,
den Kampf gegen Atombewaffnung und
Raketenbasen zu führen.
Die Bundesrepublik darf nicht Atomkriegsbasis sein!

Unser Bekenntnis und unsere Tat
für die atomwaffenfreie Zone!
Vereinen wir unsere Kräfte gegen die Atomkriegspolitik!
Gegen den Atomtod, für das friedliche Leben!
Schreiten wir vom Willen zur Tat!
Das geloben wir!



Herausgeber: Präsidium des Kongresses der Arbeiterjugend Deutschlands